

ROTE ANNELIESE

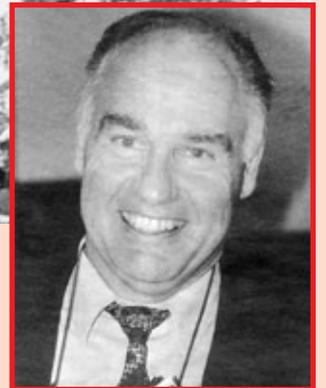
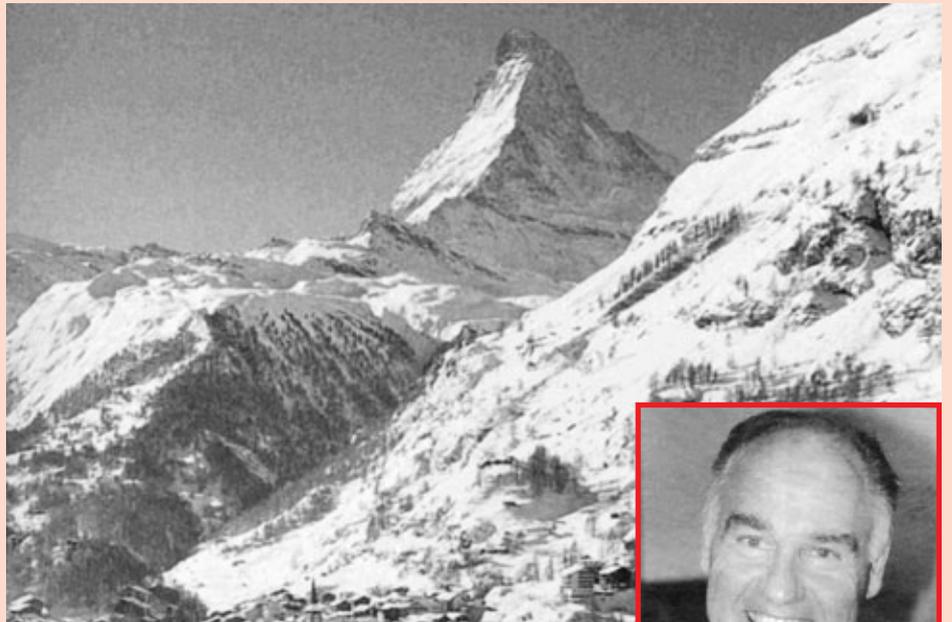
Nr. 185 / September 2004 Fr. 6.–

Rey-Bellets Departement

Ausser Kontrolle

Seite 6

Finanz-Alarm in Zermatt



Furgers Blamage!

Seite 4

H. A. Pestalozzi



Agitator und Rebell

Seite 16



Luxus-Residenz: Investor will Geld sehen

Benno Tscherrig nutzt Synergien

Seite 3

Nepal: Rote Fahnen auf dem Dach der Welt

Seite 14

Vom Wahrheits-Ministerium: Statt Informationen viel Gugus!

Es ist zum Haare ausreissen! Statt Informationen zu liefern, überschwemmt Sitten die Redaktionen mit belanglosem Gugus: Die Kantonspolizei liefert sogar gestochen scharfe Bilder des Segelflugzeugs, das auf der Alpe Bidmer oberhalb Obergesteln abgestürzt ist, frei in die Redaktionsstube. Doch der Jahresbericht der Kantonspolizei wird der *Roten Anneliese* Jahr für Jahr vorenthalten.

*

Wenn die Polizei irgendeine Razzia in einem Hanflager macht, dann werden die JournalistInnen mit allen Einzelheiten bedient. Wenn aber ein Kantonsgerichtsurteil von öffentlichem Interesse ist, weil das Geometerbüro des Visper

Präfekten betroffen ist, kann man sich tagelang die Zähne ausbeissen, bis etwas herauströpfelt. Auch das Urteil gegen den Betreibungsbeamten von Brig muss man sich mühsam herausdestillieren.

*

Wenn irgendein stellvertretender Besenkammer-Hüter irgendeiner Bananenrepublik beim Walliser Staatsrat zu Gast ist, dann wird die Mail-Box der Redaktionen mit Mega-Bildern vollgestopft. Wenn aber die kantonale Finanzverwaltung die detaillierte Subventionsliste herausrücken soll, wird faktenwidrig behauptet, eine solche gäbe es gar nicht. Und wenn die RA ihre Nase in die Berichte des Finanzinspektorates stecken

möchte, dann heisst es: Streng geheim!

*

Selbst der Kurzbericht des Finanzinspektorates zum Pensionskassen-Debakel war nach wenigen Wochen nicht mehr auf der Homepage des Kantons zu finden. Insider wollen wissen, der Staatsrat habe das Gefühl gehabt, der Bericht sei nun lange genug der Öffentlichkeit ausgesetzt gewesen und habe diesen schlussendlich herausgenommen. Andere vermuten, der anfängliche Mut habe den Staatsrat plötzlich verlassen, als es juristische Klagen gab.

Es lebe das Wahrheits-Ministerium!

Kurt Marti

Impressum

Rote Anneliese

Auflage: 3000

Jugendabo: Fr. 20.–

Jahresabo: Fr. 40.–

Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktor

Kurt Marti

Freie MitarbeiterInnen

Hilar Eggele
Madeleine Kuonen-Eggo
Patrick Zehner
Renata Werlen

Sekretariat

Ursula Schild

Satz und Druck

s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis

Herausgeber

Verein Rote Anneliese
PF 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch



Dicke Eier



Steuerhinterzieher ja, Palästinensische Künstler nein!

An der Tagung «Palästina – Israel – jenseits von Gewalt» trat das Musikerpaar Viola Raheb und Marwan Abado auf. Sie leben in Österreich und treten oft in der Schweiz auf. Als Menschen ohne Pass hatten die beiden und ihr Kind bis jetzt keine Probleme bei der Anreise in die Schweiz. Nicht so im Wallis. Ein Beamter spielte sich auf und wollte die drei gleich ins Flugzeug setzen und nach Wien zurückschicken. Nach mehrstündigen Verhandlungen und Interventionen durften sie dann endlich nach Brig-Leuk fahren. Weniger Mühe haben bei uns Steuerflüchtlinge und SteuerhinterzieherInnen aus fern und nah. Leukerbad zum Beispiel bietet vorteilhafte Pauschalsteuern

an und bedauerte sogar, dass der Bund nur Helikopterlandungen bis zu einer Höhe von 1100 Metern über Meer erlaube.

«Familienpartei» CVP Naters: Eine Schande!

Vor einem Jahr hat die RA darüber berichtet, dass die «Familienpartei» CVP Naters und deren Gemeindepräsidentin Edith Nanzer regelrechte Geizhälse sind, wenn es gilt das schöne Parteiprogramm in die Tat umzusetzen. Die CVP-GemeinderätInnen von Naters weigerten sich für die gemeinsame Kinderkrippe Ringelreija in Brig-Glis die vollen Kosten zu übernehmen. Die Fakten: Brig-Glis zahlte im Jahr 2002 für rund 170 Kinder 70000 Franken, Naters für rund 100 Kinder mickrige 2300 Fran-

ken. SP-Gemeinderat und Ringelreija-Vorstandsmitglied Hans-Josef Jossen beantragte dem Natischer Gemeinderat eine Erhöhung des Beitrages wenigstens auf 10000 Franken. Bewilligt hat der CVP-dominierte Rat bloss 4000 Franken. In der Jahresrechnung 2003 tauchen nur rund 1000 Franken auf. Anfang dieses Jahres hat die Gemeinde Brig-Glis dagegen interveniert. Jossen hat im Natischer Gemeinderat einen weiteren Antrag eingebracht und wurde erneut von der «Familienpartei» CVP Naters überstimmt. Im Voranschlag 2004 und 2005 tauchen ebenfalls nur 4000 Franken auf. An der nächsten Gemeinderatssitzung startet Jossen einen erneuten Vorstoss. Die RA wird die Namen der VerhindererInnen einzeln veröffentlichen, falls dies notwendig ist!

Inhalt

- Residenz: Tscherrig hilft**
► Seite 3
- Zermatt: Super-Furger**
► Seite 4
- M. Kummer: Soll gehen!**
► Seite 5
- Rey-Bellet: Missstände**
► Seite 6
- Wussten Sie schon, dass...?**
► Seite 8
- Buch: Licht unten**
► Seite 8
- Patienten: Bürokratie**
► Seite 9
- Armand Imhof: Saubere Sache**
► Seite 10
- Conto Neri: 30 Tage Knast**
► Seite 11
- Asyl-Wesen: Gianaddas Fall**
► Seite 12
- Palästina: Unterdrückung**
► Seite 13
- Nepal: Aufstand**
► Seite 14
- H.A. Pestalozzi Agitator, Rebell**
► Seite 16
- Wohin frau/man geht**
► Seite 18
- Zitäter: Sapperlot!**
► Seite 19
- Eigentor: Rey zu Merz**
► Seite 20

Seniorenresidenz Saltina: Deutscher Investor will endlich Geld sehen

Benno Tscherrig schafft Synergien!

BRIG-GLIS – Die Seniorenresidenz Saltina ist miserabel belegt. Der deutsche Investor Rolf Hörrle bangt um seine Rendite. Vereinspräsident Viktor Kämpfen hat das Handtuch geworfen und Hörrle hat den Leuker Anwalt Benno Tscherrig als operativen Chef eingesetzt, um die Rendite zu steigern. Tscherrigs erster Coup: Geistig behinderte Kinder sollten in die Seniorenresidenz.

Von Kurt Marti

Vier Millionen hat der deutsche Bauunternehmer Rolf Hörrle aus Kraichtal-Münzesheim in die Seniorenresidenz Saltina vor dem Briger Spital gesteckt. Weitere 2,5 Millionen kommen von den Banken und 1,5 Millionen sind IHG-Gelder. Dies bestätigt der Finanzberater Josef Zurbriggen, der den Deal mit Hörrle eingefädelt hat. Ein Jahr nach Inbetriebnahme ist das Luxus-Heim kaum mehr als die Hälfte ausgelastet. Es sei klar, so Zurbriggen, dass «Hörrle nicht zufrieden ist. Er will mehr Geld sehen.» Der Promotor und Präsident des Vereins Seniorenresidenz, Viktor Kämpfen, hatte dem deutschen Investor die Verhältnisse im Oberwallis «wahrscheinlich in zu rosigen Farben ausgemalt», wie Zurbriggen gegenüber der RA vermutet. Anders sieht es Kämpfen: «Hörrle wusste genau, worauf er sich einlässt. Er kennt das Oberwallis seit 20 Jahren.»

Streit mit Promotor Viktor Kämpfen

Bereits im letzten Dezember trat Kämpfen als Vereinspräsident zurück, weil es zum Zer-

würfnis mit Hörrle gekommen ist. Hörrle entpuppte sich als knallharter Rechner. Laut Promotor Kämpfen wollte Hörrle rund 140 000 Franken in der Schlussabrechnung nicht begleichen, worauf Kämpfen vorübergehend in arge Liquiditätsprobleme geraten ist. Eigentlich war geplant, dass Kämpfen die Verwaltung der Seniorenresidenz übernimmt. Nach dem Zerwürfnis stimmte die Chemie jedoch nicht mehr, umso mehr als die Residenz weit unter den Erwartungen belegt war. Deshalb hat Hörrle den Leuker Anwalt Benno Tscherrig als operativen Leiter eingesetzt. Tscherrig hat laut eigenen Angaben von Hörrle den Auftrag «den Betrieb aufzuräumen.» Ohne Zweifel eine Idealbesetzung im Sinne Hörrles, ist doch der frühere CSPO-Politiker seit 1999 operativer Direktor der Stiftung la Résidence. In den drei dazugehörigen Altersheimen betreuen 150 MitarbeiterInnen. Es handelt sich um die Altersheime in Unterems, St. Paul in Visp und St. Pierre in Sitten. Zudem ist Tscherrig seit Juni 2003 Präsident des Oberwalliser Vereins zur Förderung

Geistig behinderte Kinder sollten in die Seniorenresidenz

Der erste Coup des Krisenmanagers Tscherrig zur Auslastung der privaten Fehlinvestition erfolgte anfangs September. Tscherrig wollte gegen den Widerstand des Personals der Heilpädagogischen Schule rund 20 geistig behinderte Kinder aus drei gut



Tscherrig:
«Ich nutze nur Synergien. Ist das ein Verbrechen?»

Tscherrig soll die Auslastung der Seniorenresidenz erhöhen und damit die Rendite des privaten Investors sichern. Damit geht die unglaubliche Vermischung von privatwirtschaftlichen und öffentlichen Interessen in eine weitere Phase. Erstaunlicherweise hat die Gemeinde Brig-Glis und diverse andere Gemeinden dem privaten Investor den Boden im Baurecht für 99 Jahre zur Verfügung gestellt. Auch das Spital Brig bietet dem Luxus-Heim diverse Dienstleistungen an. Hinzu kommt das erwähnte IHG-Darlehen. Letzteres wurde bis jetzt tunlichst verschwiegen. Auch der Name des Investors wurde bis jetzt wie ein Staatsgeheimnis gehütet.

Geistig behinderte Kinder sollten in die Seniorenresidenz

Der erste Coup des Krisenmanagers Tscherrig zur Auslastung der privaten Fehlinvestition erfolgte anfangs September. Tscherrig wollte gegen den Widerstand des Personals der Heilpädagogischen Schule rund 20 geistig behinderte Kinder aus drei gut

funktionierenden Wohngruppen herausreissen und in den Wohnungen der Seniorenresidenz unterbringen. Laut Tscherrig hatte der Vereinsvorstand dies einstimmig beschlossen. Sowohl die Sozialpädagogen als auch der Leiter der Heilpädagogischen Schule, German Abgottspon, haben in einem Brief dagegen protestiert. Mit der Umsiedlung werde das bewährte Betreuungsmodell zerstört. Tscherrig begründet die Massnahme zur Steigerung von Hörrles Rendite – und selbstredend seines eigenen Honorars – mit den neuesten Sparentscheidungen des Erziehungsdepartementes. Eine der drei Wohngruppen müsse demzufolge geschlossen werden, wenn keine Alternativen gefunden werden. Kritische Stimmen soll es auch unter den InsassInnen der Seniorenresidenz geben. Wie gut informierte Kreise berichten, kam Hörrle eigens nach Brig, um die RentnerInnen zu beschwichtigen.

Geistig behinderte Kinder sollten in die Seniorenresidenz

Der erste Coup des Krisenmanagers Tscherrig zur Auslastung der privaten Fehlinvestition erfolgte anfangs September. Tscherrig wollte gegen den Widerstand des Personals der Heilpädagogischen Schule rund 20 geistig behinderte Kinder aus drei gut

Versuch ist allerdings schon einmal mit subventionierten Pflegebetten gescheitert. Dazu Gesundheitsdirektor Thomas Burgener: «Die Seniorenresidenz eignet sich nicht für subventionierte Altersbetten. Das haben wir abgeklärt.»

Hörrle und Tscherrig bekamen rasch kalte Füsse

Die Doppelrolle Tscherrigs erntet von links bis rechts Köpfschütteln. Doch er selbst sieht darin überhaupt keinen Interessenkonflikt: «Ist das denn ein Verbrechen? Ich nutze ja nur Synergien.» Umso mehr erstaunt es, dass kurz vor Redaktionsschluss bei der RA ein Mail von Tscherrig mit folgendem Wortlaut einging: «Auftragsgemäss teile ich Ihnen mit, dass Herr Hörrle die Mietofferte gegenüber insieme Oberwallis (Verlegung der Internate) zurückzieht.» Offenbar haben Hörrle und Tscherrig kalte Füsse bekommen und jetzt doch einen Interessenkonflikt festgestellt. Tscherrig hätte ja im gegebenen Fall einen Vertrag mit sich selbst abschliessen müssen. Unglaublich!

■ Zermatter Burgerrat schlägt Alarm ■ Finanzen immer noch in Schieflage

Peter Furger hat nur halb batzig saniert!

ZERMATT – Vor anderthalb Jahren hat der Sanierer Peter Furger sein Mandat im Auftrag der Zermatter Burgerschaft beendet. Allgemeiner Tenor: Die Sanierung ist abgeschlossen! Doch jetzt schlägt der Burgerrat Alarm: Zu hohe Verschuldung und happiger Nachholbedarf bei den Investitionen. Es droht der Rückfall in die alte Schuldenspirale. Offenbar hat Obersanierer Furger nur halbbatzig saniert und die heissen Eisen unter den Tisch gewischt.

Von Kurt Marti

Kurz vor Weihnachten 2002 verkündete der WB die frohe Botschaft: Die Sanierung der Burgerschaft Zermatt ist abgeschlossen. Star-Sanierer Peter Furger tritt zurück. Doch jetzt – keine zwei Jahre später – läutet der Burgerrat unter dem Präsidenten Andreas Biner überraschend die Alarmglocken. In einem Schreiben an die Zermatter BürgerInnen warnt er eindringlich davor, dass «die Burgerschaft wieder in den bereits 1999 erlebten Zustand» zurückzufallen droht, wenn nicht bald Massnahmen ergriffen werden.

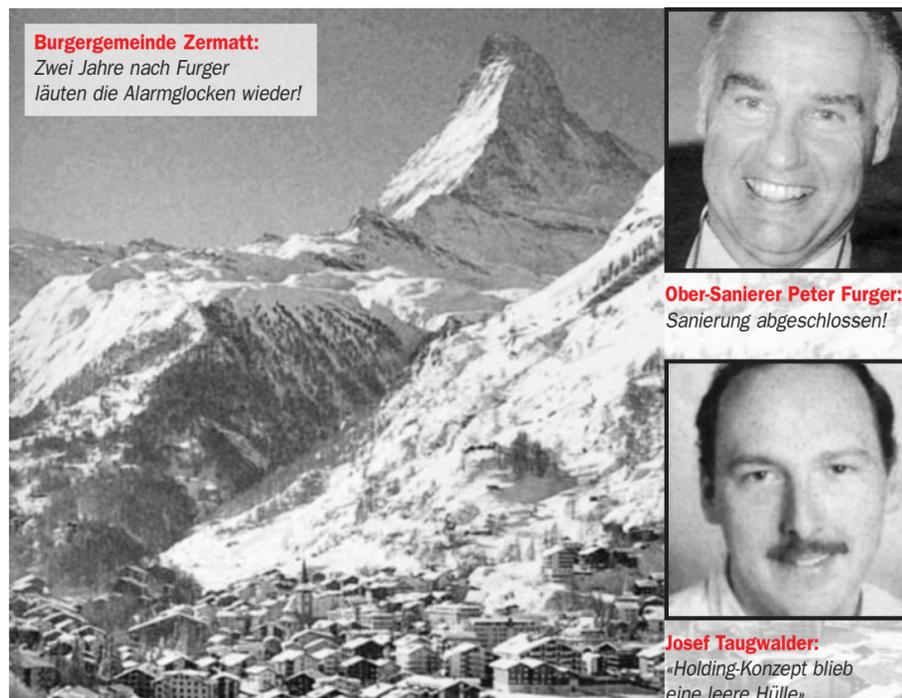
Verschuldung: 10 bis 15 Millionen zu hoch

Laut Burgerrat ist die Verschuldung der Matterhorn Group immer noch um 10 bis 15 Millionen zu hoch. Dem Ertragswert von 57 Millionen steht eine langfristige Schuld von 51 Millionen gegenüber. Um bei den Banken optimale Zins- und Rückzahlungsbedingungen zu erhalten, müsste die Verschuldung jedoch bei 70 Prozent des Ertragswertes liegen, was rund 40 Millionen entspricht. Dazu der Burgerrat: «Kann dieses Missverhältnis mittelfristig nicht durch geeignete

Massnahmen korrigiert werden, muss die Burgerschaft künftig mit höheren Fremdkapitalkosten und einer kürzeren Amortisationsdauer rechnen.» Zudem warnt der Burgerrat davor, dass die auslaufenden Darlehen von den Banken nicht mehr verlängert oder umgeschuldet werden könnten.

Investitionsnachholbedarf: 26 Millionen

Doch damit nicht genug. Auch bei den Investitionen ortet der Burgerrat einen Nachholbedarf von 26 Millionen, welcher bloss werterhaltend,



nicht aber wertvermehrend ist. Das ist die späte Rache der massiven Investitionen in den 90-er Jahren. Damals haben Gläubiger, u.a. die Grossbanken UBS und CS, die Geldhähne grosszügig geöffnet. Gemäss Burgerrat flossen damals die erwirtschafteten Mittel der Bürger-Betriebe «fast ausschliesslich für den Schuldendienst.» Für die notwendigen Ersatzinvestitionen «stand kein Geld mehr zur Verfügung.» Mit anderen Worten: Die Burgerschaft wurde ausgeblutet, die Grossbanken UBS und CS haben schamlos profitiert.

Um den Standard des Fünfsterne-Hotels Zermatterhof zu halten, sind laut Burgerrat Investitionen von 18 Millionen notwendig. Andernfalls sinken die Erträge und der Cashflow, was «weitere Kürzungen der Investitionen erfordert und so weiter.» Auch bei den Zinsen sieht der Burgerrat schwarze Wolken aufziehen. Bisher habe man den Zinsaufwand vor allem aufgrund der tiefen Zinsen sen-

ken können. Doch schon eine Erhöhung des Zinssatzes um ein Prozent würde die Zinslast von heute 2,5 Millionen auf 3,1 Millionen erhöhen.

Obersanierer Furger machte sich aus dem Staub

Die Alarmrufe des Burgerrates zeigen eines klar: Der Obersanierer Furger hat die Burgerschaft nur halbbatzig saniert. Er hat sich auf halbem Wege aus dem Staub gemacht. Die Probleme zeigten sich schon wenige Monate nach dem Austritt Furgers aus dem Verwaltungsrat der Matterhorn Group Holding AG im Februar 2003. Der Burgerrat ging nämlich sofort daran, weitere Sanierungsschritte vorzubereiten, welche von Furger unterlassen wurden. Ausgerechnet Furgers Nachfolger im Verwaltungsrat der Holding, Albert Bass, lieferte einen Bericht, der die mangelhafte Sanierung insbesondere der einzelnen Bürgerbetriebe schonungslos an den Tag brachte. Aufgrund dieser Analyse leg-

te der Burgerrat im Dezember 2003 der Burgerversammlung seine Strategie vor: Zunächst sollte das Hotel Zermatterhof in eine Aktiengesellschaft unter dem Dach der Matterhorn Group Holding AG übergeführt werden, womit ein 49-prozentiger Teilverkauf des Hotel Zermatterhofs ermöglicht werden sollte. Mit dem Erlös sollte die Verschuldung gesenkt und in die Betriebe investiert werden. Diesem Vorschlag erteilten die BürgerInnen jedoch eine böse Abfuhr. Der aktuelle Alarmruf des Burgerrates ist eine logische Reaktion darauf.

Sanierungs-Konzept unter den Tisch gewischt

Die Holdingstruktur mit einem Teilverkauf, welche im wesentlichen auch der heutige Burgerrat vertritt, wurde damals von Unternehmensberater Klaus Zurschmitt und von Josef Taugwalder ausgearbeitet. Im Konkurrenzkampf mit dem UBS-favorisierten Furger blieb dann Zurschmitt als Mit-Sanierer auf der Strecke und damit auch sein Sanierungs-Konzept. Furger konzentrierte sich gemäss Hofblatt WB auf «die betriebliche Sanierung» und wischte die Sanierung durch einen Teilverkauf des Zermatterhofes elegant unter den Tisch. Dabei stützte er sich auf eine Studie der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers, welche noch Taugwalder in seiner Funktion als Sanierer in Auftrag gegeben hatte. Tatsächlich bezeichnete die Beratungsfirma die Umwandlung des Zermatterhofs in eine Aktiengesellschaft unter den damaligen Bedingungen (bestehende Verschuldung) als «nicht sinnvoll». In der Folge wurde der Burgerversammlung von Furger jedoch nur diese Schlussfolgerung unterbreitet, ohne die Auswirkungen der weiteren Sanierungsmassnahmen miteinzubeziehen. Damit war die Holding-Struktur vom Tisch.

Holding blieb bis jetzt eine leere Hülle

Die geplanten Sanierungsmassnahmen waren vom damaligen Burgerrat und dem

früheren Verwaltungsrat der Holding bereits vorbereitet bzw. eingeleitet worden, von der Beraterfirma PricewaterhouseCoopers in ihren Bericht aber nicht miteinbezogen worden: Die Verkäufe der GGB-Anteile (9,5 Millionen), der EWZ-Anteile (15 Millionen) und des Terrains «Haueten» (4 Millionen) sowie das Darlehen der Bevölkerung (6 Millionen). Auf Anfrage erklärt Taugwalder, dass die Matterhorn Group Holding AG seiner Ansicht nach in der jetzigen Form «eine leere Hülle geblieben ist» und ihre zugeordnete Funktion, das Halten von Beteiligungen, nicht erfülle.

Milchkuh verkauft und Gläubiger still gehalten

Laut Taugwalder sind die vom Burgerrat im Dezember 2003 vorgelegten Massnahmen und «damit die Umsetzung des Holding-Konzeptes der richtige Weg, um unternehmerische Strukturen zu schaffen, effektiv Eigenkapital einfließen zu lassen und die Schulden nachhaltig abzubauen.» Ein Grossteil der Schritte sind gemäss Taugwalder von der früheren Sanierungsscrew in Zusammenarbeit mit dem damaligen Burgerrat vorgespurt worden, so dass Furger «keine wesentlich neuen Ideen gebracht», sondern geplante Massnahmen durchgezogen habe. Allerdings mit einer wichtigen Ausnahme: Die Überführung des Zermatterhofs in eine AG und dessen Teilverkauf. Diese Unterlassung müsse der Burgerrat nun ausbaden. Taugwalders Einschätzung wird auch von einem weiteren Fachmann, der anonym bleiben will, voll geteilt: «Furger hat die Bürgerbetriebe nicht nachhaltig saniert. Er hat die Gläubiger still gehalten und die Milchkuh EWZ verkauft. Dann ist er gegangen.»



Förster fordern Rücktritt des Wald-Präsidenten

Marcel Kummer: Was macht er demnächst ohne Sitzungsgelder?

Marcel Kummer soll gehen!

OBERWALLIS – Der Konflikt um den Präsidenten des Waldwirtschaftsverbandes Oberwallis, Marcel Kummer, spitzt sich immer mehr zu. In einem forschenden Schreiben fordern die Oberwalliser Revierförster geschlossen seinen Rücktritt und sparen nicht mit Kritik an Kummer und am Verband.

Von Kurt Marti

«Wir fordern hiermit den Präsidenten des Waldwirtschaftsverbandes Oberwallis auf, sein Mandat bis zur nächsten Generalversammlung zur Verfügung zu stellen», schreiben insgesamt 19 Oberwalliser Revierförster an den Vorstand des Waldwirtschaftsverbandes Oberwallis (WWVO). Erst dann seien sie wieder bereit, aktiv im WWVO mitzuwirken. Der angeschossene Kummer wollte dazu nicht Stellung nehmen. Vizepräsident Roger Imboden erklärt, dass sowohl die Steuergruppe und der Gesamtvorstand das Problem diskutiert haben. Geplant ist erstens ein Treffen mit den Kreisförstern und der Dienststelle für Wald und Landschaft und zweitens eine Aussprache mit den Revierförstern.

104 Sitzungen im Jahr, aber wenig Brauchbares

Im Schreiben der Förster wird die Ineffizienz Kummers kritisiert. Dieser habe 1999 das Präsidium von Ernst Troger übernommen und dann seien die Verbandsaktivitäten und die fi-

nanziellen Ausgaben «um ein Vielfaches angestiegen.» Kummer habe im letzten Jahr an insgesamt 104 Sitzungen teilgenommen und Sitzungsgelder kassiert. Projekte und Kommissionen seien ins Leben gerufen worden, von denen bis heute die wenigsten umgesetzt seien. Die Förster hätten sich mit Überzeugung für den Wald engagiert, aber «leider haben diejenigen Herren, welche nun die Geschäfte des WWVO leiten, die Förster selten bis nie als Ihre Partner akzeptiert!»

Nicht im Interesse des Waldes und der Förster

Und was das Fass zum Überlaufen brachte: Der WWVO habe sich von Anfang an gegen die Walddeemo in Bern gestellt. Obwohl der WWVO dazu gemäss Statuten ganz klar verpflichtet gewesen wäre. Wenn folglich der Vorstand des Verbandes sich gegen eine Kundgebung im Interesse des Waldes stemme, «dann nimmt er die Interessen der Waldeigentümer (Burgerschaften) und der Revierförster sicher nicht wahr!»

Kein einziger Franken Forderungsverzichte der Banken: Furger holte für die UBS die Kohlen aus dem Feuer

(ktm) Im Jahr 1999 stand die Zermatter Burgerschaft bei den Banken mit rund 30 Millionen Franken in der Kreide, allein bei der UBS mit 13 Millionen. Im Burgerrat wurde heftig über einen Forderungsverzicht der Banken diskutiert, zumal die Banken mit ihrer aggressiven Geldpolitik eine Mitverantwortung an der hohen Verschuldung trafen und sie mit massiven Abschreibern rechnen mussten, wenn sich das Debakel von Leukerbad in Zermatt wiederholte. Und da war noch ein weiteres Detail, welches die Banken in die Defensive hätte bringen können: Sämtliche Kredite wurden «blanko» gewährt, also ohne jegliche Sicherheiten wie Hypotheken oder Pfandrechte.

Andreas Biner «UBS hatte, was sie wollte»

Wie Bürgerpräsident Andreas Biner bestätigt, haben die Banken «auf keinen einzigen Franken verzichtet.» Zu seiner Entlastung erklärt Biner, er habe das Bürgerpräsidium erst am 1. Januar 2001 angetreten und dann sei der Mist schon geführt gewesen. Forderungsverzichte hätte man allenfalls vor dem Stillhalteabkommen, das Furger mit den Banken im Herbst

2000 ausgehandelt hat, ins Spiel bringen sollen. Nachher hätten die Banken «gehabt, was sie wollten» und Verzichtsforderungen wären illusorisch gewesen. Dieser Fingerzeig gilt pikareskerweise auch für seine Advokatur-Partnerin Agathe Wirz, welche damals aktiv gegen einen Forderungsverzicht der Banken weibelte und stattdessen vorschlug, die Banken sollten doch vermehrt den Zermatter Kongresssal für ihre Anlässe benutzen. Dass Wirz ebenfalls für den Bau der Sesselbahn im Furi einstand, brachte die erbosten Gläubiger vollends zum Kochen.

UBS nutzte die Gunst der Stunde

Als dann die Streitereien in der Zermatter Burgerschaft im Sommer 2000 eskalierten, nutzte die UBS die Gunst der Stunde. Im Windschatten der Betreibungen durch die Emissionszentrale ging auch sie in die Offensive und installierte ihren «Sanierer» Furger, welcher die Erwartungen der UBS voll erfüllte. Indem er Zurschmitt und dessen Holding-Konzept eliminierte, hielt er sich die Gegner des Teilverkaufs des Zermatterhofs vom Leib. Für eine «Blitz-Sanierung» im Sinne der UBS eine wesentliche Voraussetzung.

Projektierung der Autobahn im Pfywald:

Bundesgericht stoppt Willkür im Baudepartement

LAUSENNE/SITTEN – Schon wieder musste das Bundesgericht der Walliser Vetterliwirtschaft einen Riegel schieben. Jean-Jacques Rey-Bellets Baudepartement hatte die Projektierung der A9 im Pfywald ausgerechnet dem teuersten Ingenieur-Konsortium zugeschanzt. Das Kantonsgericht segnete den Deal bereitwillig ab. Doch nun kommt das Bundesgericht zum Schluss: Es war pure Willkür!

Von Kurt Marti

Im Juli 2003 titelte die RA «Wallis macht sich in Fachkreisen lächerlich» und «Warten auf die kalte Dusche aus Lausanne». Jetzt ist es soweit! Das Bundesgericht hat Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet und seine Chefbeamten Albert Fournier und Bernard Schwery ungewöhnlich scharf zurückgepfiffen. Die Rede ist von der Vergabe der Ingenieur-Mandate für die Autobahn A9 im Pfywald. Einer Planungs-Offerte von rund 4,4 Millionen stand ein viel günstigeres Angebot für 3 Millionen gegenüber. Die 1,4

Millionen teurere Luxus-Variante stammte von einem Konsortium um die Alt-Ständereräte Peter Bloetzer und Daniel Lauber, die günstigere Variante von einem Konsortium um Alt-Nationalrat Paul Schmidhalter. Zum Handkuss kam wider alle Logik die Luxus-Variante. Den Rekurs wies das Kantonsgericht mit den Argumenten des Staates salopp ab.

Bundesrecht krass verletzt

Ganz anderer Meinung ist das Bundesgericht, welches vor den Sommerferien

den Entscheid des Kantonsgerichtes aufhob und zum eindeutigen Schluss kommt, dass der Vergabeentscheid das Bundesrecht verletze. Weil das Planungsmandat schon im Frühjahr 2003 vergeben wurde, konnte das Bundesgericht bloss die Illegalität der Vergabe feststellen und den Rekurrenten um Schmidhalter eine Entschädigung von 10 000 Franken zusprechen, welche vom Konsortium Bloetzer-Lauber und dem Kanton Wallis zu gleichen Teilen zu übernehmen ist. Dasselbe gilt für die Gerichtskosten in der Höhe von 10 000 Franken. In der 12-seitigen Urteilsbegrün-

dung kommen Rey-Bellets Baudepartement und die zuständigen Chefbeamten Albert Fournier und Bernard Schwery ganz schlecht weg.

Willkürliche Preis-Bewertung

Gemäss Vergabegesetz ist der Preis ein zentrales Kriterium, wenn es um öffentliche Aufträge geht. Dieses Kriterium hat das Baudepartement ins Gegenteil verkehrt. Damit nämlich die beträchtlichen Preisunterschiede zwischen dem günstigsten und teuersten Angebot von 1,4 Millionen bzw. fast 50 Prozent nicht allzu sehr ins Gewicht fielen, liessen sich Fournier und Schwery in Zusammenarbeit mit dem Verband der Walliser Ingenieur-Büros eine Berechnungstabelle einfallen, welche jeglicher Logik spottet. Aus der riesigen Preisdifferenz fabrizierten die Mathe-Genies im Baudepartement schluss-

endlich eine Differenz von bloss 3,22 Punkten auf maximal 22,5 Punkten. Dazu das Bundesgericht lakonisch: «Die gewählte Bewertungs-Methode des Baudepartementes hat zur Folge, dass die tatsächlichen Preisdifferenzen extrem abgeschwächt wurden. Folglich hat die Vergabebehörde willkürlich entschieden.»

Akrobatische Mathematik

Nicht minder akrobatisch ist die Methode in Bezug auf die Bewertung der Baukosten. Auch hier kommt das Bundesgericht zum Schluss, dass «eine solche Lösung auf jeden Fall willkürlich ist, weil sie in gravierender Art und Weise das primäre Ziel einer öffentlichen Ausschreibung verletzt, nämlich die Auftragsvergabe an das wirtschaftlich günstigste Angebot.» In einem mehrstufigen,



Staatsrat Rey-Bellet: Baudepartement nicht im Griff!

ausgeklügelten Verfahren haben die Strassenbau-Beamten einen Mittelwert der Baukosten in der Höhe von rund 65

Millionen ermittelt und dann eine haarsträubende Kurve gezeichnet, welche die teuersten Projekte ausgiebig mit

Punkten belohnt, die günstigsten Projekte hingegen mit empfindlichen Punkteabstrichen bestraft. Das Konsortium Schmidhalter schlug ein Projekt mit Baukosten von rund 45 Millionen vor und erhielt dafür 4,97 Punkte von insgesamt 7,5. Das Konsortium Bloetzer-Lauber kam auf Baukosten von rund 82 Millionen und wurde für seine Luxusvariante mit der Note 6,2 belohnt.

Fehlende Transparenz und Anhörung

Laut Bundesgericht hat das Baudepartement ebenfalls das Gebot der Transparenz verletzt, weil es den Ingenieurbüros die famose Preisberechnungsformel nicht im vornherein bekannt gab. Eine solche «einzigartige Methode der

Bewertung» müsse den Anbietern vor der Vergabe mitgeteilt werden. Freilich versucht sich das Baudepartement in seiner Stellungnahme aus der Affäre zu ziehen, indem es dem kostengünstigen Angebot unterstellt, dass es sich um ein Unterangebot handle und man erhebliche Kostenüberschreitungen und Nachforderungen gewärtigen müsse. Auch mit dieser Ausrede machen die Bundesrichter kurzen Prozess: Zum einen wäre es die Pflicht des Baudepartementes gewesen, vom Konsortium Schmidhalter & Co. weitere Expertisen zu verlangen. Dies sei unterlassen worden. Damit habe das Baudepartement die Anhörungspflicht verletzt. Zum anderen stellt das Bundesgericht einleuchtend fest, dass selbst bei markanten Kostenüberschreitungen der offerierte Baukos-

tenpreis von 45 Millionen im Endeffekt immer noch günstiger sei als die Luxusvariante von 82 Millionen.

Kantonsrichter Erwin Leiggener sieht alt aus

In seinem erstinstanzlichen Urteil hatte Kantonsrichter Erwin Leiggener keck behauptet, die Kritik an der Preisbewertung sei durchaus in der Bandbreite des Vertretbaren und der Richter schreite nur dann ein, wenn die Benotung sich als «geradezu willkürlich erweist» und er kam zum Schluss: Der Rekurs ist «nicht stichhaltig». Der Argumentation widmete Dr. Leiggener mickrige acht Zeilen. Bundesrichter Würzburger brauchte dafür doch mehrere Seiten. In der Kürze liegt nicht immer die Würze!

Restaurant Ermitage: Unglaubliches Chaos!

Vor knapp einem Jahr wurde der Gerant des Restaurants Ermitage im Pfywald zum Teufel gejagt. Zum Vorschein kam eine unglaubliche Misswirtschaft im Umfeld des Baudepartementes.

(ktm) Das Restaurant Ermitage im Pfywald gehört seit 1998 dem Staat Wallis und ist der Kontrolle der Sektion Nationalstrassenbau im Baudepartement unterstellt. Auf eine Ausschreibung im Amtsblatt hatten sich acht Bewerber für die Führung des Restaurants beworben. Im Auswahlgremium sassen Bernard Schwery, Chef der Sektion Nationalstrassenbau Mittelwallis, Ingenieur

Charly Quinodoz von der Cominfo A9 und ein weiterer Beamter. Der siegreiche Gerant war ihnen bestens bekannt und machte den drei Copains folglich einen topseriösen Eindruck, welcher offensichtlich so ausgezeichnet war, dass auf die vorschriftsgemässe Erklärung des Betriebsamtes zur Zahlungsfähigkeit des Bewerbers grosszügig verzichtet wurde. Als der Gerant dann die Mieten schul-

dig blieb, kam die Wahrheit an den Tag: Das Betriebs- und Konkursamt Sitters hatte in den letzten fünf Jahren mehrere Betreibungen eingeleitet, Lohnpfändungen vorgenommen und Verlustscheine ausgestellt. Obwohl der Gerant keine Steuern bezahlte, gab auch die kantonale Finanzverwaltung grünes Licht.

Schlendrian ohne Grenzen

Statt den Geranten unter die Lupe zu nehmen, kaufte ihm die Sektion Nationalstrassen (SN) das Mobilier seines früheren Restaurants für 29 000 Franken ab. SN-Chef Schwery begründete diesen Deal mit dem äusserst günstigen Preis. Doch bereits ein Jahr später wurde das Mobilier durch neues ersetzt. Kostenpunkt: 45 000



Restaurant Ermitage: Mobilier rein, Mobilier raus!

Franken. Die Arbeiten wurden ohne Ausschreibung an eine Schreinerei in Sitten übergeben, was der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen widerspricht. Hinzu kamen die Kosten der Cominfo A9 für die Selektion und Einführung des Geranten, die Mobilisierung durch eine Innenarchitektin, das Marketing durch das Büro Geoconcept und das Treuhandbüro Emery, alles in allem ein

stolzer Betrag von 500 000 Franken. SN-Chef Schwery hat mit dem Treuhandbüro keinen Vertrag abgeschlossen und dieses lieferte auch keinen einzigen Kontrollbericht. Und was das Fass zum Überlaufen bringt: Schwery leitete nie ein Betreibungsverfahren gegen den Geranten ein, trotz zahlreicher Mahnungen. Verzugszinsen und Mahnkosten wurden ohne Begründung erlassen.

A9-Tunnel Gamsen: Tessiner Experte räumt auf

Auf Geheiss des Eidgenössischen Verkehrsdepartementes hat ein Tessiner Ingenieurbüro eine technische Expertise für den A9-Tunnel in Gamsen erstellt. Fazit: Übermarchungen und Ineffizienz.

(ktm) Zunächst äussert der Experte harte Kritik an der komplizierten Organisation des Bauherren, konkret dem Walliser Baudepartement, insbesondere der Sektion Nationalstrassen, welche früher von Charles Schwarzen und seit zwei Jahren von Christian Pfammatter geführt wird. Der Experte verweist auf die ineffizienten Sitzungen mit der Bauleitung, wo bis zu 30 und mehr Leute am Tisch sassen, ohne dass es dazu triftige Gründe gäbe. Er fordert die Sektion Nationalstrassen auf, ihre Organisation zu analysieren und die not-

wendigen Massnahmen zu treffen.

1,4 Millionen ohne Vertragsanpassung

Laut Expertise wurden Zahlungen von mehr als 1,4 Millionen geleistet, und zwar für Arbeiten, die auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft des einheimischen Gewerbes WADEG unter der Federführung von Bernhard Fantoni erfolgten. Diese Arbeiten seien diskutabel und hätten zu keiner Anpassung des Vertrags mit der WADEG geführt. Bei Meinungsverschiedenheiten habe man

einfach im Sinne des Unternehmers entschieden. In diesem Zusammenhang wirft das kantonale Finanzinspektorat die Frage auf, ob es vor diesen Entscheidungen eine technische und juristische Einschätzung gegeben hat.

213 000 Fr. für Berechnungsfehler

Schlussendlich förderte der Experte Fehler im Bereich der Masse und der Berechnungen der Teuerungen zu Tage, welche sich auf stattliche 213 000 Franken zu Lasten der öffentlichen Hand belaufen. Auf Anfra-



Tunnel Gamsen: Albert Fournier verspricht interne Untersuchung

Grossrat Ruppens Preise purzelten

Bereits vor zwei Jahren (RA, Nr. 171) hat die RA grobe Mängel im Vergabeverfahren aufgedeckt. Damals mussten die Elektroarbeiten noch einmal ausgeschrieben werden, worauf die Preise flote Purzelbäume schlugen. Der Natischer CVP-Grossrat und Unternehmer Felix Ruppen fuhr dabei sein Angebot von 2,3 Millionen auf 1,1 Millionen zurück!

Wussten Sie schon, dass...

...Jean-Michel Cina seit seiner Flucht aus dem Steuerparadies Cayman immer noch im Nest der Steuerflüchtigen hockt?



Zwei Tage bevor Jean-Michel Cina CVP-Fraktionschef wurde, ist er auf Druck der RA aus dem Steuerparadies auf den Cayman Island geflüchtet, das heisst er ist aus dem Verwaltungsrat der GPC Cayman Ltd. und der Global Biomedical Partners ausgetreten, welche auf der Steuerfluchtinsel Cayman «Steuern optimieren». Doch im Nest der Steuerflüchtlinge sitzt er immer noch, denn die Global Biomedical

Partners hat ihren Sitz bei der FEI Capital Partners Inc., deren Verwaltungsrat Jean-Michel Cina heisst. Zudem ist Cina auch Verwaltungsrat der Chapitre des Domaines, welche fleissig das Aktienkapital erhöht: Im November 2003 von 240 000 auf 1,9 Millionen Franken und im Juli 2004 noch einmal auf total 2,55 Millionen. Was die Firma genau macht, bleibt ein Rätsel.

...Paul Inderkumms Schuldenberg immer noch rund 7 Millionen beträgt?



Der Schuldenberg der Arnold AG ist viel grösser als angenommen. Zwar sind die ausstehenden Löhne und Sozialbeiträge von 500 000 Franken beglichen. Aber immer noch warten unzählige Gläubiger auf ihr Geld, insgesamt 7 Millionen Franken. Den Schulden steht ein geschätztes Vermögen von 3,4 Millionen gegenüber. Dieser Betrag ist jedoch zu relativieren, weil dabei die Immobilien mit 2,5 Millionen eingesetzt sind, welche

niemand kaufen will. Realistischerweise können die Gläubiger mit einer Nachlassdividende von rund 10 bis 20 Prozent rechnen. Nicht schlecht gefahren ist hingegen Inderkumm selbst, seit die Nachlassstundung läuft: Bis Ende 2003 bezog er einen Monatslohn von 5 000 Franken für ein 50 %-Pensum im Dienste des Nachlassverwalters. Aus Verkäufen von Maschinen und Immobilien profitiert er weiterhin mit 5 % Provision.

...der Büropartner des Visper Präfekten Josef Bumann zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde?



Im Geometerbüro Bumann-Bonvin des Visper Präfekten Josef Bumann kam es mehrfach zu Urkundenfälschungen. Von den Urkundenfälschungen haben der Geometer Jacques Bonvin und sein Büro-Mitinhhaber Josef Bumann gewusst. Beide behaupten, auch der damalige Kantonsgeometer Gaston Michlig sei eingeweiht gewesen. Staatsanwalt Ferdinand Schaller hat

aus unerfindlichen Gründen nur Jacques Bonvin angeklagt. Das Bezirksgericht Visp stellte zwar die Urkundenfälschungen fest, verneinte jedoch einen Vorsatz und sprach Bonvin frei. Schaller legte beim Kantonsgericht Berufung ein und dieses verurteilte nun Bonvin zu 3 Monaten Gefängnis. Bonvins Anwalt Willy Borter hat das Urteil ans Bundesgericht weitergezogen.

Buchbesprechung

Im Strudel des Tötens

Columbine High School und Erfurt: Was bringt einen jungen Menschen plötzlich dazu, Probleme mit der Waffe lösen zu wollen und Mitschüler und Lehrer auszulöschen? «Licht unten im Tal» erzählt so eine Geschichte. Der junge Oberwalliser Autor Immanuel Abt taucht mit seinem Debut in die Untiefen der Seele eines missverstandenen Menschen.

Eigentlich könnte alles so gut sein. Igor ist intelligent, kommt aus einer intakten Familie, hat Freunde und alle Perspektiven, die man sich nur wünschen kann. Doch nach dem Wechsel ins Gymnasium ersticken ihn die starren Konventionen des Schulbetriebs: Was nicht passt, wird passend gemacht. Igor will sich in dieses Schema nicht einfügen lassen, wird deshalb zum Aussenseiter und Störenfried gestempelt und zerbricht. Es bleibt Igors immer depressiver werdende Gedankenwelt. Und ein Gewehr. Was mit einem Mord an einem jungen Mädchen beginnt, endet in einem Blutbad am verhassten Gymnasium.

Mit dieser ungewöhnlichen, wie pakenden Geschichte präsentiert sich der 27jährige Walliser Immanuel Abt erstmals auf der literarischen Bühne. Dass er die Geschichte lange mit sich herumgetragen hat – sie entstand während seiner späteren Schulzeit –, merkt man dem Buch durchaus an. Es ist kein Meisterwerk geworden, aber ein Buch, das zu lesen sich lohnt.

Von Patrick Zehner



Immanuel Abt
«Licht unten im Tal»
Theodor Boder
Verlag, Mumpf

Beinhardter Kampf um ausserkantonale Operationen

«Patienten werden fast zerrissen»

SITTEN/BERN – Wenn PatientInnen in einem ausserkantonalen Spital operiert werden müssen, läuft nicht immer alles rund. Besonders wenn schwerkranke PatientInnen auf eine möglichst rasche Operation warten, geraten sie leicht in die Mühlen der Bürokratie zwischen Hausarzt, Spitalarzt im Wallis, Spitalarzt im Berner Inselspital und dem Vertrauensarzt des Kantons.

Von Kurt Marti

«Ich habe praktisch jede Woche einen empörten Patienten am Telefon, welcher mich arg beschimpft. Einer wollte mich sogar erschiessen», schildert Dr. Guido Loretan aus Susten seine Erfahrungen als Vertrauensarzt des Kantons. Bei ihm kommen alle Oberwalliser Gesuche für ausserkantonale Behandlungen zusammen. Weil der Kanton die Mehrkosten zu übernehmen hat, muss Loretan zuerst abklären, ob die Behandlungen auch im Wallis durchgeführt werden können. Erst wenn die Spezialisten im Wallis eine Operation nicht machen können, gibt es eine Kostenbeteiligung des Kantons. Im letzten Jahr zahlte der Kanton rund 12 Millionen Franken für rund 1500 bewilligte Gesuche.

Regelmässiger Befund: Nur im Insel möglich

Recherchen der RA zeigen, dass die Empörung der Patienten beziehungsweise der Angehörigen nicht immer aus der Luft gegriffen ist. Besonders schwerkranke PatientInnen, welche auf eine rasche Operation hoffen, leiden unter der unerträglichen Bürokratisierung. Ihr Leidensweg beginnt meistens beim Hausarzt, welcher eine schwere Erkrankung diagnostiziert. Zur genaueren Abklärung werden die PatientInnen zum Beispiel ins Berner Inselspital geschickt. Dort werden sie untersucht, nicht selten mit dem Befund: Es geht um Leben oder Tod. Die Operation ist dringend und kann nur in einem Unispital wie dem Inselspital durchgeführt werden. Dazu Loretan: «Den Patienten

wird dadurch unnötig Angst eingejagt.» Die Ärzte im Inselspital füllen das offizielle Gesuchsformular an den Vertrauensarzt des Kantons aus mit dem Vermerk «Leistung im Kanton des zivilrechtlichen Wohnsitzes des Patienten nicht verfügbar.» Vertrauensarzt Loretan kann sich «an kein einziges Gesuch des Inselspitals erinnern, in dem stand: Das kann man auch im Wallis machen.» Er kritisiert den erbiterten Kampf der ausserkantonalen Spitäler um jede mögliche Operation: «Die Patienten werden fast zerrissen.»

Ablehnung ohne vorherige Abklärung

Nach der Voruntersuchung im Insel kehren die PatientInnen im guten Glauben nach Hause zurück, jetzt gehe alles Ruck-Zuck. Sehr rasch – manchmal schon am folgenden Tag – erhalten die PatientInnen

die Ablehnung vom Vertrauensarzt Loretan, der die Kostengutsprache mit einem simplen Kreuzchen mit dem Vermerk «abgelehnt; Spital Sion» quittiert. Wenn die PatientInnen eben im Inselspital noch einmal Hoffnung geschöpft haben, stürzen sie nun in tiefe Verzweiflung. Im Idealfall kümmern sich Angehörige um sie und setzen alle Hebel in Gang, um eine Neubeurteilung durch den Kantonsarzt zu erwirken. Denn sie wollen die beste Behandlung und diese ist gemäss eindringlicher Information der Insellärzte freilich nur in Bern möglich.

Der RA liegt ein konkreter Fall vor, wo der Vermerk «abgelehnt; Spital Sion» auf dem Kostengutsprache-Antragsformular an den Patienten steht, ohne dass der Vertrauensarzt vorgängig irgendeine Abklärung gemacht hat, ob die Operation im Wallis durchführbar ist. Erst neun Tage später erklärte der zuständige Chirurg im Spital Sitten, nach telefonischer Anfrage der Angehörigen, dass er die Operation nicht durchführen kann und der Patient ins Inselspital geht. Laut den betroffenen Angehörigen war Loretan trotz wiederholten Bitten nicht be-

reit, persönlich in Sitten nachzufragen. 11 Tage nach der ersten Ablehnung verschickte Loretan salopp einen Brief an den Patient: «Kostengutsprache erteilt. Ersetzt Ablehnung». Recherchen der RA zeigen, dass dieses Vorgehen nicht ein Einzelfall ist, sondern immer wieder vorkommt.

Zuerst abklären und dann entscheiden!

Loretan verteidigt sich: Er habe zum Zeitpunkt der ersten Ablehnung das Patientendossier nicht gehabt. Dieses sei direkt vom Insel bzw. vom Spital Brig nach Sitten gegangen. Wieso hat er aber das Gesuch ohne vorgängige Abklärung noch am selben Tag abgelehnt, was ja im vorliegenden Fall ein falscher Entscheid gewesen ist und den schwerkranken Patienten sowie seine Angehörigen in unnötigen psychischen Stress versetzt hat? Wäre es nicht besser in solchen Fällen einen Vermerk anzubringen: «Kostengutsprache wird abgeklärt. Sie erhalten baldmöglichst Bescheid»? Dieser Vorschlag leuchtet auch Loretan ein und er verspricht: «Ja, das könnte man anders machen. Wir werden das abklären.»



Inselspital in Bern: Harte Konkurrenz mit den kantonalen Spitälern

Sinnlose Bürokratie bei Lebertumoren

(ktm) Komplizierte Leberoperationen (z.B. bei Lebertumoren) werden im Wallis relativ selten durchgeführt. Zwar gibt es in Sitten einen Chirurgen, der solche Operationen ausführt, aber meistens müssen die PatientInnen ins Inselspital. Trotzdem kommt jedes Mal eine sinnlose und psychisch belastende Bürokratie in Gang. Dazu

Loretan: «Mir wäre am liebsten, wenn das Spital Sitten sagt, solche Operationen machen wir nicht mehr.» Auch Krebspezialist Reinhard Zenhäusern vom Spital Brig vertritt die Meinung, dass es keinen Sinn mache, solche komplizierten und eher seltenen Operationen in den einzelnen Kantonen durchzuführen.

Imhof Armand AG: Nicht ISO-tauglich!

100 Tonnen Bauabfälle versenkt

NATERS – Ende Juni wurde in Naters das Restaurant Continental abgerissen. Statt die Bauabfälle ordentlich zu entsorgen, hat die Bauunternehmung Imhof Armand die Bauabfälle im Grünen verlockt. Auf Intervention des WWF und auf anschliessende Verfügung der Gemeinde Naters musste der Bauschutt ordentlich entsorgt werden. Bussen gab es keine.

Von Kurt Marti

«Abfälle sind Rohstoffe am falschen Platz» heisst es auf der Homepage der Natischer Bauunternehmung Imhof Armand, welche ebenfalls mit der Qualitätsnorm ISO 9001 wirbt. Dieser Grundsatz kommt bei der Firma noch nicht voll zur Anwendung, wie mehrere NatischerInnen im Juni und Juli feststellen konnten. Beim WWF und der Roten Anneliese gingen mehrere besorgte Meldungen ein, die Bauunternehmung Imhof Armand deponiere die Bauabfälle illegal in der Fromatt oberhalb Naters. Der WWF informierte die Gemeinde, welche die Gemeindepolizei und den Experten Ernst Abgottspon vom Umweltbüro Pronat vor Ort schickte. Hierauf verfügte die Gemeinde eine Baueinstellungsverfügung, wie der kommunale Bauchef Armin Imhof bestätigt. Dann

wurden die Bauabfälle wieder abtransportiert.

Armand Imhof: «Es war ein Irrtum.»

Sowohl der Bauunternehmer Armand Imhof und der Natischer Bauchef Armin Imhof erklären, es habe sich bloss um zwei oder drei Camions gehandelt. Bauunternehmer Imhof seinerseits beteuert: «Das war ein Irrtum.» Der Umweltfachmann Abgottspon hingegen, welcher den Abtransport überwachte, schätzt die Menge Bauabfälle auf rund 100 Tonnen oder rund 10 bis 15 Camion-Ladungen. Es habe sich zwar nicht um umweltgefährdende Materialien gehandelt, sondern um Holz, Beton und Metalle. Aber auch diese müssten vorschriftsgemäss entsorgt werden. Eine Deponierung wie im vorliegenden Fall sei ganz klar illegal.

Gemeinde Naters: Bussen sind nicht üblich

Zweifelhaft ist ebenfalls die Aussage von Bauunternehmer Imhof, es habe sich um einen Irrtum gehandelt. Denn



Tatort Fromatte oberhalb Naters: Eine saubere Sache!

mehrere Zeugen berichten, dass es sich durchaus um eine geplante Aktion gehandelt habe: Die Camions seien auf der Abbruchstelle in Naters zu zwei Drittel geladen worden und dann in Richtung Gamsen zur vorgetäuschten Entsorgung gefahren. Beim Depot der Firma Imhof seien die Lastwagen abgezweigt und hätten dort sauberes Erdmaterial zugeladen und damit den Bauschutt überdeckt. Dann seien die Camions wieder Richtung Naters und Fro-

matte gefahren und hätten das Gemisch neben den Hochwasserschutz Kelchbach gekippt. Auch Abgottspon hat von dieser Version gehört, hat aber den Vorgang ebenso wie die Rote Anneliese, nicht selbst beobachtet. Eine entsprechende genauere Abklärung wäre Aufgabe der Gemeinde. Bussen sind laut Armin Imhof noch keine ausgesprochen worden. Das sei «nicht üblich.» Aber vielleicht hole dies der Gemeinderat noch nach. Wir sind gespannt.

Repliken zur letzten Ausgabe:

Zuger Firma von Albert Bass: Konkurs widerrufen!

Wie die Rote Anneliese in der letzten Nummer berichtete, hatte die UBS gegen eine Zuger Briefkasten-Firma von Albert Bass ein Konkursverfahren eingeleitet. Dabei forderte die UBS rund 700 000 Franken. Wie Bass jetzt mitteilt, hat er sich mit der UBS auf die Zahlung ei-

ner Summe von «weniger als 200 000 Franken» geeinigt. Den genauen Betrag wollte er nicht nennen, er dürfte aber gemäss unseren Schätzungen bei rund 180 000 Franken liegen. Der Konkurs wurde in der Folge widerrufen.

Kurt Marti

Öko-Vernetzungsprojekte: Verträge unterzeichnet!

In der letzten Roten Anneliese berichteten wir, dass Probleme mit der Festlegung des Schnittpunktes für artreiche Wiesen aufgetreten sind. In der Zwischenzeit konnten mit dem notwendigen Druck auf die verantwortlichen Behörden die Schwierigkeiten unbürokratisch

aus dem Weg geräumt und die Verträge unterzeichnet werden. Da nun für den Abschluss der Verträge der «effektive Vegetations- und Reifestand und nicht das Kalenderdatum» zählt, konnte der Spielraum, den das Gesetz gewährt, auch dementsprechend ausgenutzt werden. Zu

hoffen bleibt, dass weitere Verträge mit Bäuerinnen und Bauern abgeschlossen werden können. Denn für untereinander vernetzte ökologische Ausgleichsflächen ist der Bund bereit, zusätzliche Beiträge zu entrichten.

Hilar Eggel

Affäre Conto Neri:

- Strafbefehl gegen vier Angeklagte
- Paul-Bernhard Bayard erhebt Einsprache

30 Tage Gefängnis!

NATERS/SITTEN – Der kantonale Untersuchungsrichter hat in der Affäre «Conto Neri» die beiden ehemaligen VR-Präsidenten der Gertschen Möbel AG, Paul-Bernhard Bayard und Willy Gertschen, zu je 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Während Gertschen das Urteil akzeptiert, hat Bayard gegen das Urteil eingesprochen. Damit ist das Urteil gegen Bayard aufgehoben und das Untersuchungsdossier kommt zum Staatsanwalt.

Von Kurt Marti

Im Februar 2002 hat die RA eine Schwarzgeld-Liste «Conto Neri» der konkursiten Gertschen Möbel AG auffliegen lassen. Insgesamt 1,5 Millionen Franken wurden über ein Konto bei der Raiffeisenbank am Fiskus und an den Sozialkassen vorbeigeschoben. Nachdem die RA den Untersuchungsrichter eingeschaltet hatte, liess der amtierende VR-Präsident Paul-Bernhard Bayard verlauten: «Ich bin aus allen Wolken gefallen.» Kurze Zeit später gab Bayard,

welcher auch Betreibungs- und Konkursbeamter des Bezirkes Brig ist, seine Demission als VR-Präsident bekannt.

Deutlicher Vermerk: «Conto Neri»

Stets hat der ehemalige CVP-Politiker und Wirtschaftslobbyist Bayard beteuert, er habe vom Schwarzgeld-Konto nicht den blassensten Schimmer gehabt. Und dies obwohl Mitarbeiter das Gegenteil behaupteten und dem Untersuchungsrichter Dokumente

vorlagen, welche von Bayard eigenhändig unterschrieben sind und auf welchen der deutliche Vermerk «Conto Neri» angebracht ist. Jetzt hat der kantonale Untersuchungsrichter Jean-Pierre Greter den Betreibungsbeamten Bayard zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Greter schenkte den Unschuldsbeteuerungen Bayards also keinen Glauben. Ebenfalls zu 30 Tagen und der Kostenübernahme von je 2000 Franken verurteilt wurde der ehemalige VR-Präsident Willy Gertschen, ein ehemaliger Ge-



Paul-Bernhard Bayard: Glaubte immer noch an seine Unschuld!



Willy Gertschen: 30 Tage Gefängnis sind rechtskräftig

schäftsführer und ein ehemaliger Buchhalter.

Einsprache von Bayard: Urteil aufgehoben

Gertschen und der ehemalige Geschäftsführer haben nicht Einsprache erhoben. Somit ist das Urteil für sie rechtskräftig. Eingesprochen haben

hingegen Bayard und der Buchhalter. Damit sind diese Urteile aufgehoben und Staatsanwalt Martin Arnold übernimmt die Anklage. Dann kommt es zu einer öffentlichen Gerichtsverhandlung. Im Moment gilt für Bayard und selbstverständlich auch den Buchhalter nach wie vor die Unschuldsvermutung.

Was ist mit CVPO-Grossrat Felix Ruppen?

(ktm) Auf der Schwarzgeld-Liste ist auch der Natischer CVPO-Grossrat Felix Ruppen aufgeführt, und zwar mit einer Schwarzgeld-Zahlung von 10 000 Franken. Ruppen war damals Vizepräsident der Möbel Gertschen AG und es ist gut möglich, dass er vom Conto Neri

gewusst hat. Erstaunlicherweise wurde gegen ihn kein Strafverfahren eröffnet. Ebenfalls der ehemalige Hotelier-Präsident Silvan Bumann figuriert auf der Liste der Schwarzgeld-Zahler, pikanterweise mit dem Vermerk «P.B. Bayard» und dem Betrag von 30 000 Franken.



Felix Ruppen: Kein Strafverfahren...



Silvan Bumann: Vermerk «P.B. Bayard»...

Fall Bayard: CVP-Filz total!

(ktm) Der Betreibungsbeamte Bayard ist ein Musterbeispiel für den wuchernden CVP-Filz: Im Jahre 1996 boxte der damalige CVP-Staatsrat Richard Gertschen zusammen mit der CVPO ein Gesetz durch, das die sogenannten Regieämter und somit Nebenbeschäftigungen der Betreibungsbeamten zuliess. Die SP hatte sich vehement dagegen gewehrt und eine Verstaatlichung verlangt. Der damalige CVPO-Grossrat Willy Borter machte sich zum Fürsprecher des Regiesystems und so durfte

sein Partei-Kollege Bayard das Betreibungsamt des Bezirkes Brig übernehmen und gleichzeitig zahlreichen Nebenbeschäftigungen nachgehen.

Präsident, Treuhänder, Betreibungsbeamter

Dass Bayard gleichzeitig auch Inhaber eines Treuhänderbüros im Haus des Betreibungsamtes ist, wäre gemäss Gesetz eigentlich nicht zulässig. Denn eine Nebenbeschäftigung eines Betreibungsbeamten als Geschäftsführer ist untersagt. Allerdings kann

der Staatsrat Ausnahmen bewilligen, wenn sich Betreibungsamt und Nebentätigkeit nicht gegenseitig beeinträchtigen. Interessenkollisionen sind dabei vorprogrammiert. Beispielsweise als die Beratungsfirma Häusermann von der Gertschen Möbel AG 40 000 Franken verlangte. Da hatte Bayard gleich drei Hüte auf: Erstens als VR-Präsident der Firma, welche den Betrag nicht zahlen wollte; zweitens als Inhaber des Treuhänderbüros Bayard, das die Buchhaltung der Firma führte und schliesslich als Betreibungsbeamter, welcher die Firma betreiben musste!



Bundesgericht rügt Walliser Fremdenkontrolle

Françoise Gianadda wird Eheberaterin

Françoise Gianadda:

Man weiss nie, wie sich eine Ehe entwickelt...

SITTEN/BERN – Bundesrat Christoph Blocher ist stolz auf seine Musterschülerin und Asylharden Françoise Gianadda. An einer gemeinsamen Pressekonferenz forderte die Chefin der Walliser Fremdenkontrolle die Einhaltung unserer demokratischen Werte. Jetzt wurde Gianadda vom Bundesgericht unsaft zurückgepfiffen.

Von Kurt Marti

Die Walliser Chefin der Fremdenkontrolle Françoise Gianadda forderte an einer Pressekonferenz zusammen mit Justizminister Christoph Blocher, dass wir SchweizerInnen «unsere eigenen Grundlagen klar festlegen müssen.» Zu den hehren Prinzipien gehören laut Gianadda auch «demokratische Grundsätze». Gianadda und Blocher fordern deren präzise Einhaltung von der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz. Gerade Gianadda vergisst dabei,

dass auch sie sich gelegentlich nicht an die rechtstaatlichen Spielregeln hält. Der neuste Bundesgerichtsfall zeigt dies deutlich.

Das kann nur eine Scheinehe sein

Gianadda hatte dem aus Serbien/Montenegro stammenden X. die Aufenthaltsbewilligung verweigert, obwohl seine Frau Y. seit 1999 im Wallis wohnt und arbeitet. Die beiden haben im Jahr 2002 geheiratet. Gemäss Bundesgesetz hat die Ehefrau Y. als

niedergelassene Ausländerin das Recht auf Nachzug ihres Ehegatten, solange diese zusammen wohnen. Aber Gianadda misstraute der Zuneigung der beiden und kam zur Überzeugung: Das kann trotz der gegenseitigen Zuneigung nur eine Scheinehe sein, bei der plötzlich Eheprobleme auftreten können und schon sei es aus X. wolle sich mit der Scheinehe die Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz sichern. Wie üblich stützten der Staatsrat und das Kantonsgericht diese Sicht, das heisst sie stützten sich wie üblich auf die Vormeinung der Fremdenkontrolleurin kritikalos ab.

Françoise Gianadda läuft ins Leere

Gianadda versuchte ihre Ablehnung zu begründen: X. habe bereits im Jahr 1998 in der Schweiz um Asyl nachgesucht. Sei aber ausgewiesen

worden. Dann sei X. noch einmal illegal in die Schweiz eingereist, habe hier schwarz gearbeitet und sei dann wiederum ausgewiesen worden. Das Bundesgericht hingegen ist der Meinung, dass das zwar gravierend sei, aber dass es nicht genüge, X. die Aufenthaltsbewilligung zu verweigern. Und das aus dem simplen Grund, weil niemand im Voraus wissen kann, wie sich die Ehe entwickle und ob die beiden zusammen bleiben. Denn mit der Verweigerung der Aufenthaltsbewilligung könne das Ehepaar den dazu notwendige Tatbeweis gar nicht erst liefern. Deshalb brauche es andere Gründe für eine Ablehnung des Gesuchs, wie ein grosser Altersunterschied, eine unterschiedliche Sprache oder eine unterschiedliche Kultur. Doch auch hier lief Gianadda ins Leere: Die beiden sind etwa gleich alt, sprechen dieselbe Sprache, ja stammen aus

derselben Region. Deshalb kommt das Bundesgericht zum Schluss, dass die Aufenthaltsbewilligung zu Unrecht verweigert wurde. Es hebt das Urteil des Kantonsgerichtes auf und zwingt Gianadda ihren Fehlentscheid zu korrigieren.

Rüge fürs Kantonsgericht: Einmal mehr!

Einmal mehr rügt das Bundesgericht auch das Walliser Kantonsgericht: Dieses habe der Chefin der Fremdenkontrolle «zu Unrecht einen eigenen Spielraum einräumen wollen.» Es handle sich hier um eine Rechtsfrage, welche vom Kantonsgericht «mit voller Kognition hätte geprüft werden müssen.» Mit anderen Worten, das Kantonsgericht hat seine Arbeit nicht gemacht und stattdessen der Verwaltung bequem nach dem Mund geredet.

Widersprüche konstruiert

Am 22. Januar 2004 wies das BFF das Asylgesuch ab und verlangte die Wegweisung der Roma-Familie. Diesen Entscheid hat der Anwalt der Roma-Familie bei der Asylrekurskommission angefochten. Im Juli wurde der Rekurs gutgeheissen und der BFF-Entscheid aufgehoben. Im Urteil der Rekurskommission kommt

die ungeheure Schlamperei und Rechtswidrigkeit des Asylverfahrens zum Ausdruck. Das BFF hat sich in seinem Entscheid auf die Einvernahmen durch die Walliser Fremdenkontrolle gestützt, in welcher haarsträubende Widersprüche in den Aussagen der Roma-Familie konstruiert werden.

Aktenwidriger Entscheid

Der Anwalt der Roma-Familie räumte diese «Widersprüche» in zwei ausführlichen Stellungnahmen aus. Im BFF-Entscheid hingegen wird be-

hauptet, der Anwalt hätte von seinem Recht keinen Gebrauch gemacht. Die beiden Stellungnahmen sind im BFF-Entscheid weder formell noch inhaltlich erwähnt. Die Asylrekurskommission kommt deshalb zum Schluss, dass das BFF aktenwidrig entschieden habe. Das Anhörungsrecht sei der Roma-Familie verweigert worden und das BFF habe seinen Entscheid nicht begründet. Stattdessen hat das BFF auf Gianaddas Protokolle abgestellt und hat auf deren Druck hin ein widerrechtliches Schnellverfahren durchgezogen.

Roma-Familie darf bleiben: Schlamperei der Asyl-Behörden

(ktm) Im letzten November berichtete die RA über die Schikanen der Walliser Fremdenkontrolle gegenüber einer Roma-Familie. Die Familie mit zwei schulpflichtigen Kindern war aus Nord-Serbien geflohen, nachdem sie dort krass benachteiligt und selbst von der Polizei bedroht wurde. Die Mutter wurde in Serbien vergewaltigt und sie ist in psychiatrischer Behandlung im PZO. Die PZO-Oberärztin

Josette Huber hat mehrfach bestätigt, dass die Aussagen der Mutter glaubhaft sind. Die Chefin der Fremdenkontrolle, Françoise Gianadda, hingegen wollte die Familie so schnell wie möglich ausweisen, obwohl sich die betreffende Oberwalliser Gemeinde sich für die Roma-Familie einsetzte. Gianadda versuchte die Familie beim Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) immer wieder zu denunzieren.

Erfahrungen aus Hebron

Das Schweigen brechen

HEBRON – Durch meinen zweimonatigen Einsatz als internationale Menschenrechtsbeobachterin EAPPI in Palästina / Israel im Frühjahr 2004 bin ich mit der bitteren Realität konfrontiert worden, in der die palästinensische Bevölkerung in Hebron lebt. Hebron liegt in der besetzten West Bank, 40 Kilometer südlich von Jerusalem. Meine Aufgabe in Hebron war die Begleitung palästinensischer Schulmädchen auf ihrem Schulweg durch einen Checkpoint in die Schule, die im von israelischen Siedlern besetzten Altstadtteil liegt.

Von Madeleine Kuonen-Eggo

400 israelische Siedler leben in der Altstadt von Hebron, geschützt durch 1200 israelische Soldaten. Die schöne Altstadt, die durch Zäune, Absperrungen, Checkpoints und israelische Armeepräsenz verschandelt ist, gleicht einer Geisterstadt. Ein grosser Teil der PalästinenserInnen ist aus der Altstadt weggezogen aufgrund von Ausgangssperren, Schikanen an den Checkpoints, Hausdurchsuchungen und Hausbesetzungen.

Tägliche Demütigung durch israelische Soldaten

Der Schulweg führt durch einen Checkpoint, an dem die Schulmädchen und Lehrerinnen regelmässig kontrolliert werden; sie müssen beispielsweise die Schultaschen und Schulbücher zeigen, die Erwachsenen ihre Ausweise vorweisen. Mehrmals erlebte ich auf dem Heimweg mit den Schülerinnen nach der Schule, wie israelische Siedlerkinder uns mit Steinwürfen angriffen. Das Leben der palästi-



Verrückte Realität:

Geschlossene palästinensische Läden in der Altstadt von Hebron.

nensischen Bevölkerung ist unglaublich eingeschränkt durch die Besetzung. Tägliche Demütigungen und Beleidigungen durch Soldaten sind an der Tagesordnung.

Ausstellung in Tel Aviv: Israelische Soldaten klagen an

Hebron stellt aber auch für die israelischen Soldaten eine schwierige Aufgabe dar. Sehr häufig sind die jungen 18 bis 21 jährigen Soldaten überfordert, unsicher und spielen ihre Macht aus. Durch meine tägliche Anwesenheit an den Checkpoints konnte ich feststellen, wie grotesk die Situation war. Was Hebron aus Soldaten macht, zeigt eine Ausstellung in Tel Aviv im Juni 2004. Ehemalige Soldaten dokumentieren ihre erschre-

kenden Erlebnisse aus Hebron und welche Auswirkungen auf die Psyche und das Verhalten bei ihnen auftreten. Die Absicht ist, die israelische Öffentlichkeit zu informieren, was ihre Söhne und Töchter während des Militärdienstes in den besetzten Gebieten taten. Beispielsweise den Autoschlüssel eines Brautpaares konfiszieren, sodass das Brautpaar zu Fuss zurücklaufen musste. Oder einen 15-jährigen palästinensischen Jungen zwingen, mit dem Gesicht nach unten auf der glühend heissen Strasse zu liegen.

Besetzung muss beendet werden

Hebron ist eine verrückte Realität. Trotzdem macht mir die Ausstellung der Ex-Soldaten Hoffnung, dass die israeli-

sche Öffentlichkeit die Folgen der Besetzung zur Kenntnis nimmt – Folgen, die sowohl die eigenen Soldaten betreffen, aber noch in viel grösserem Masse die palästinensische Bevölkerung. Das Schweigen brechen heisst über das Unrecht sprechen, aufstehen für Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist die Grundbedingung für den Frieden. Internationale Präsenz in Israel und Palästina ist weiterhin dringend nötig. Sie bietet Schutz durch gewaltfreie Präsenz, engagiert sich mit öffentlicher Berichterstattung und zeigt allen durch die Besetzung Betroffenen ihre Solidarität. Die Besetzung muss beendet werden. Die israelische Bewegung gegen Krieg und Besetzung benötigt ebenso Unterstützung in ihren gewaltfreien Aktionen.

Tagung in Leuk-Stadt: Palästina und Israel – jenseits von Gewalt

Samstag, 6. November 2004,

10.00 – 16.30 Uhr:

Tagung im Kinderdorf Leuk-Stadt: Palästina und Israel – jenseits von Gewalt. Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung.

19.30 Uhr:

Abendveranstaltung im Kinderdorf Leuk-Stadt: «Hoffen auf den Olivenzweig» Lyrisch-musikalischer Abend mit Marwan Abado und Viola Raheb, Österreich/Palästina

Infos: Dialog Nord-Süd, Kuonen-Eggo Madeleine, 3953 Leuk-Stadt, madeleine.kuonen@bluewin.ch

Peace Watch: Bewegung für den Frieden

Die Schweizer Beteiligung am ökumenischen Begleitprogramm in Palästina/Israel EAPPI wird durch Peace Watch Schweiz organisiert. Es ist ein Teil einer neuen weltweiten Bewegung: Gewaltfreier Einsatz zur Durchsetzung der Menschenrechte, Solidarität mit Opfern von Gewaltstrukturen, ein Friedensförderungsprojekt, dass von Kirchen getragen und auch vom Bund unterstützt wird. Weitere Informationen über www.peacewatch.ch

Nepal:

■ **Maoisten stehen vor Kathmandu**

■ **Sturz der Monarchie nur noch eine Frage der Zeit?**

Rote Fahnen auf dem Dach der Welt

KATHMANDU/NEPAL – Nach der einwöchigen Blockade von Kathmandu haben die maoistischen Rebellen (KPN-M) den Würgegriff um die nepalische Hauptstadt einstweilen gelockert. Die Blockade zeigt: Die Maoisten sind zur entscheidenden Kraft in Nepals Politik gereift. Hissen sie bald die rote Fahne auf dem Königspalast?

Von Patrick Zehner

Nach einer Woche der totalen Abriegelung von Nepals Hauptstadt, mehreren Attacken auf die Sicherheitskräfte und diversen Bombenanschlägen auf das Regierungsgebäude im Kathmandu haben die maoistischen Rebellen die Blockade für einen Monat ausgesetzt. Erklärtes Ziel dieser Blockade war es, die Regierung zu zwingen, Informationen über den Verbleib diverser Rebellen herauszugeben, die in Regierungsgewahrsam spurlos verschwunden sind. Die Blockade Kathmandus ist nicht die erste derartige Aktion. Bereits seit Anfang 2004 hatte die «Volksbefreiungsarmee» der KPN-M die Städte in Achham und Rolpa, sowie Nepalgunj und Guleriya zeitweilig vollständig abgeriegelt.

Nepal vor dem Fall?

Die von den Maoisten verfolgte Strategie, das Hinterland zu erobern und dann die Städte zu umzingeln, scheint aufzugehen. In vielen Landstrichen beschränkt sich die Regierungsgewalt nur noch auf die Kontrolle der Städte und der grossen Verbindungsstrassen. Seit 2001 haben die Maoisten «Revolutionäre Bezirksregierungen» in Rukum, Jajarkot, Sallyan und Rolpa etabliert

und Gerichtshöfe eingeführt, sie erheben eigene Steuern und betreiben Schulen. Laut eigenen Angaben kontrollieren sie nun 70% des Landes, offiziell sind alle 75 Distrikte vom Aufstand betroffen. Besonders stark sind die Maoisten aber in mittleren Westen und im an Indien grenzenden Terai, traditionell die ärmsten Landstriche Nepals.

8-jähriger Bürgerkrieg

Bereits seit 1996 wütet der Aufstand in Nepal. Anfangs nicht ernst genommen, hat sich der maoistische «Volkskrieg» zur schlimmsten Krise in der Geschichte Nepals entwickelt. Der Kampf wird von beiden Seiten brutal geführt. Seit 1996 kamen über 10 000 Menschen ums Leben, viele davon erst nach dem Eingreifen der Armee nach der Machtübernahme Gyanendras. Polizei, Armee und Paramilitärs werden für etliche aussergerichtliche Erschiessungen in Gefängnissen, für das spurlose Verschwinden angeblicher Maoisten und deren Unterstützer verantwortlich gemacht. Auch die Maoisten werden zusehends brutaler. Waren zu Beginn vor allem korrupte Offizielle und Landlords das Ziel ihrer Anschläge, werden nun auch unschuldige Zivilisten zum Opfer.

Wer löscht die Königsfamilie aus?

(pz) Bei einem Massaker im Königshaus kommen 2001 König Birendra und neun Mitglieder der Herrscherfamilie ums Leben. Zuerst wird von einem Unfall gesprochen, danach aber die Schuld dem Kronprinzen Dipendra zugeschoben. Er habe die Familie ausgelöscht, weil man mit seiner Brautwahl nicht einverstanden gewesen sei und sich dann erschossen.

Die offizielle Schilderung des Tathergangs lässt aber viele Fragen offen: Wie vermachte Dipendra, sturzbetrunken und high, drei Waffen zu handhaben? Palastwache und die persön-

lichen Bodyguards der Royals griffen zudem nicht ein, weil sie die Schieserei als «Familienangelegenheit» ansahen. Wieso war der jetzige König Gyanendra an jenem Abend in Pokhara? Warum wurde dessen Sohn Paras während des Massakers kein Härchen gekrümmt? Wieso erschoss sich Rechtschänder Dipendra mit der linken Hand? Wie konnte er sich dreimal in den Kopf schiessen?

80% der Nepali glauben denn auch nicht an die offizielle Version des Tatherganges. Hinter vorgehaltener Hand verdächtigen die Nepali den neuen

König, das Attentat geplant zu haben. Die Verankerung des Königshauses ist seither deutlich schwächer geworden. Das Vertrauen in Gyanendra ist gering; seit seiner Anordnung, die Armee gegen die Maoisten einzusetzen, hat sich der Aufstand zu einem Flächenbrand entwickelt und durch die Auflösung des Parlaments regiert Gyanendra durch eine Marionettenregierung. Der neue Kronprinz Paras wird offen abgelehnt. Erst recht nachdem er einen bekannten Schlägersänger betrunken überfahren und getötet hatte. Und dafür straffrei davonkam.



Mit allen Mitteln: Die maoistischen Rebellen rütteln am Fundament Nepals.

Nepal: Arbeitslosigkeit, Armut, Kastendiskriminierung, Korruption

Rebels with a cause

KATHMANDU/NEPAL – Knapp 30 Jahre nach dem Tode Maos, mehr als zehn Jahre nach dem Ende der Sowjetunion und dem Siegeszug der Demokratie und des Liberalismus scheint ein maoistischer Staat Nepal historisch fehl am Platz zu sein. Die Forderungen der maoistischen Rebellen sind es nicht!

Von Patrick Zehner

Westlichen Medien tendieren dazu, den «Volkskrieg» der KPN-M unter der Führung Pushpa Kamal Dahals («Prachanda») als Aufstand kommunistischer Kader darzustellen. Dabei können die Maoisten auf einen grossen Rückhalt in der Bevölkerung zählen. Und dies nicht ohne Grund.

Zweitärmstes Land

Nepal gilt als zweitärmstes Land der Welt; das Durchschnittseinkommen liegt bei 240 Dollar pro Jahr, wobei 41% jedoch weniger als 100 Dollar pro Jahr verdienen. Die meisten Nepali leben von der Landwirtschaft, viele davon besitzen nicht einmal das Land, das sie bestellen. Neben dem Tourismus stellen vor allem Entwicklungsgelder aus dem Westen einen grossen Teil des staatlichen Budgets. Doch selten kommen diese Entwicklungsgelder in den armen Regionen Nepals an. Sie versickern irgendwo in der Hauptstadt oder den Distriktverwaltungen. Korruption ist allgegenwärtig. Der Ruf der KPN-M nach Landreformen und der Beseitigung der Korruption fällt deshalb bei vielen Nepali auf fruchtbaren Boden. Kein Wunder stellen die ärmsten und ländlichsten Bezirke im Westen Nepals und im Terai die Basis des Aufstandes dar. Doch auch viele Junge schliessen sich den roten Gardien an. Grund ist die unglaublich hohe Arbeitslosenquote unter den Jugendlichen zwischen 15 und 18. Nahezu

100 000 Jugendliche werden jedes Jahr in die Arbeitslosigkeit gestürzt, dies trifft wiederum vor allem junge Menschen vom Land. Gesamthaft gelten bis zu 60% der Bevölkerung allgemein als arbeitslos oder unterbeschäftigt. Sozialer Sprengstoff pur.

Revolution und Emanzipation

Die KPN-M weist überraschender Weise einen enormen Zustrom von Frauen auf. An die 30% der maoistischen Truppen sind Frauen. Sie erhoffen sich von Prachanda und Co. eine Verbesserung ihrer Stellung innerhalb der nepalischen Gesellschaft, werden sie doch vor allem in den ländlichen Gebieten aufs Schlimmste diskriminiert. Die soziale Basis der Rebellion ist breit und nicht nur auf die intellektuellen Leader oberer Klassen und Kasten beschränkt. Auch unter den unberührbaren Kasten der Kami, Sarki, Damai etc. finden die Maoisten Unterstützer und Mitkämpfer. Auch viele innerhalb der Janajati-Bevölkerung (mittlere Kasten) schliessen sich dem Aufstand an, in der Hoffnung, sich von der Knute der herrschenden Brahmanen-, Chhetri- und Newar-Clans zu befreien.

Der Aufstand der maoistischen Rebellen ist also eine Reaktion auf eine fehlgeschlagene wirtschaftliche Entwicklung, eine hemmungslose Korruption und die Diskriminierung und Ausbeutung durch herrschende Kasten.



Massenhafter Zulauf für Maoisten:

Die soziale Basis der Befreiungsarmee ist gross: Frauen, arbeitslose Jugendliche, diskriminierte Kasten.

Zwei Giganten und ein Zwerg

(pz) Die zunehmende Destabilisierung Nepals durch den maoistischen Aufstand bereitet den regionalen Grossmächten Indien und China etwaige Sorgen. Beide Staaten haben ein Interesse daran, dass Nepal als neutraler Pufferstaat zwischen ihren Milliardenvölkern bestehen bleibt, weshalb Peking und Delhi Kathmandu tatkräftig mit Militärhilfe unterstützen. Sollte Nepal maoistisch werden, droht ein militärisches Eingreifen Chinas und Indiens.

Seit der Eskalation 2001 haben vor allem die Sicherheitsbedenken Indiens zugenommen. Delhi fürcht-

et um seinen Status als regionale Grossmacht, könnte ein maoistisches Nepal doch näher an China rücken, welches bereits mit Pakistan und Bangladesh verbrüdet ist. Zudem stört die Inder die zunehmende Präsenz der USA und Grossbritanniens in der Region. Der «Volkskampf» bedroht aber auch die innere Stabilität Indiens. Mit der KPN-M verbündete Rebellen agieren in Nordindien (vor allem die «Naxaliten»). Delhi befürchtet, die Ausrufung einer «Volksrepublik Nepal» könnte Aufstände in Andhra Pradesh, Madhya Pradesh, Chattisharh und Bihar provozieren und

zu einem «roten Korridor» führen.

Chinas Sicherheitsinteressen sind weitaus unklarer, doch dürfte Peking gegenüber der Möglichkeit eines indischen Eingreifens zunehmend nervöser werden. Die jüngsten Entwicklungen verschärfen die Spannungen in der konfliktgeladenen Region (Indien-Pakistan, Afghanistan) weiter. Schlimmstenfalls könnte es zu einem weiteren Grenzkonflikt zwischen China und Indien kommen. Die beiden Staaten haben sich letztmals 1962 wegen Grenz-Zwistigkeiten bekriegt.

Gilles Deleuze / Felix Guattari

Begehren, Wunschmaschinen, Fluchtlinien, Verkettung

Gilles Deleuze (1925–1995) und Felix Guattari (1930–1992) sind mit ihren Werken wie «Anti-Ödipus» oder «Tausend Plateaus» nicht nur in akademischen Kreisen bekannt geworden, sondern haben in so diversen Gebieten wie Musik, Film, Kunst, Literatur, und Architektur tiefgreifende Diskussionen ausgelöst. Sie haben neue, eigenständige Begriffe wie Begehren, Wunschmaschinen, Fluchtlinien, Verkettung, Gefüge usw. zur Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse eingeführt. Sie sehen die Gesellschaft nicht nur durch Widersprüche bestimmt. Sie gehen davon aus, dass eine Gesellschaftsformation vor allem durch Fluchtlinien gekennzeichnet ist. Das Gesellschaftliche wird zwar als ein vollständig zusammenhängendes Feld betrachtet. Gleichzeitig wird das Funktionieren des Kapitalismus derart verstanden, dass dieser Integrationsmaschine stets etwas entweicht und entwischt.

VON HILAR EGGEL

Wunsch und Begehren

Zu den grundlegenden Ideen im Denken von Deleuze und Guattari gehören die Begriffe «Wunsch» und «Begehren», die ungeahnte Felder öffnen und erschliessen. Die Fähigkeit, zu wünschen und zu begehren, wird als produktive und revolutionäre Kraft gesehen. Bei jedem Menschen existiert die Möglichkeit eines Wunschflusses. Der Wunsch ist in der Lage – wenn er als Fluss aufrecht erhalten wird – bestehende Codes und vorfabrizierte Rollen und Schemata (ich bin eine Frau, ich bin ein Mann, ein Kind und werde mich dementsprechend verhalten) zu durchbrechen. Deleuze und Guattari stellen fest: «Es gibt nur den Wunsch und das Gesellschaftliche, sonst nichts.» In dieser positiven Besetzung des Begehrens ist alles real, wirklich – ein Gedanke, ein Traum, ein Arbeitstag genau so wie die heimlich-

en Phantasien von Beamten, Finanziers oder Geistlichen.

Die Autoren gehen zugleich davon aus, dass sich jede Gesellschaftsformation (Disziplinargesellschaft oder Kontrollgesellschaft u.a.) in einem ständigen Prozess befindet. Dabei entstehen Brüche und Unruheherde, die ermöglichen, dass die Energien des Wunsches in sogenannten Fluchtlinien freigesetzt werden. Hierbei können Machtmechanismen durch Formen des Widerstandes unterlaufen werden. Im Denken von Deleuze und Guattari stehen die Begriffe «Begehren» und «Wünschen» an erster Stelle. Sie sind es, die die Dinge in Bewegung halten; sie sind es, die dazu führen, dass überhaupt etwas passiert. Gesellschaft ist die Art und Weise, wie Begehren reguliert wird. Diese Theorie versucht, in hohem Masse variabel, flexibel und vielschichtig zu bleiben. Es wird ein Diagramm aufgespannt, das die Veränderungen des Spätkapitalismus genauso umfasst wie winzige Momente des Alltags. Der mikroskopische Bereich des Alltagslebens muss bei der Analyse des Kapitalismus mit einbezogen werden, wenn die Frage zu beantworten ist, warum die Leute «für die Knechtschaft kämpfen, als sei es für ihr Heil».

Die Geschmeidigkeit des Kapitalismus

Zu den trickreichen Reaktionen des Kapitalismus gehört die Tatsache, dass er noch das, was ihn bedroht, zu integrieren versucht. Differenzen werden als Innovationen ausgegeben. Widerstände werden nur in Ausnahmefällen mit gewaltsamen Mitteln unterdrückt. Das Begehren wird nicht von vornherein zensuriert oder verboten. Ständig ist das kapitalistische System bemüht, das freigesetzte Begehren innerhalb der Logik von Markt und Geld zu halten: «Welche Geschmeidigkeit in der Axiomatik des Kapitalismus, immer bereit, seine eigenen Grenzen zu erweitern, um ein neues Axiom dem eben noch saturierten System anzufügen.»

Guattari und Deleuze sind der Ansicht, dass sich der Kapitalismus von Wider-

sprüchen nährt. Sie bedrohen ihn nicht. Er bejaht ihre Verwertung als Innovation. Der Kapitalismus ist in diesem Sinne ein positives Regime: «Darin offenbart sich die Identität von Gesellschafts- und Wunschmaschine: nicht Abnutzung macht ihre Grenze aus, sondern die Fehlzündung, sie funktioniert, wenn sie knirscht, wenn sie kaputtgeht, in kleinen Explosionen birst – die Dysfunktionen sind Teil ihres Funktionierens.» Diese Aussagen verweisen auf die Schwierigkeiten, den Kapitalismus zu unterlaufen. Der Kapitalismus stellt aber kein Gesamtintegrationsmonster dar – immer wieder entkommt ihm «etwas».

Dem Integrationsmechanismus entweichen

Die Macht wird nicht einfach auf den Staatsapparat oder auf die ökonomische Verfügungsgewalt des Kapitals zurückgeführt. Die Machtmechanismen werden an den Orten beschrieben, wo sie in den Alltag eingreifen: Ehe und Beziehung, der Rhythmus von Schule und Fabrik, Lernen und Malochen, Krankenhaus, Gefängnis, Familie usw. Die Untersuchung der Kräfteverhältnisse, die den sozialen Raum ordnen, wird aus mikropolitischen Perspektive vorgenommen. In der Gesellschaft entweicht aber immer etwas. Sie ist keine Totalität, nicht das ganz Falsche. Die «Gesellschaft ist etwas, das leckt, finanziell, ideologisch, es gibt überall Leckstellen.»

Eine Gesellschaftsformation wie die kapitalistische ist nach Deleuze und Guattari nicht in erster Linie durch gesellschaftliche Widersprüche bestimmt, sondern durch Fluchtlinien, die durch ein System gehen. Und Fluchtlinien sind durchaus nicht dasselbe wie die Widersprüche, denn sie sind die Orte, durch die «etwas» flieht, was läuft und nicht mehr kontrolliert wird. Deleuze und Guattari halten fest: «Zweifellos versucht der Kapitalismus zu kontrollieren, zu schweißen und einen Knoten zu machen, aber dann gibt es Fluchten in anderer Richtung, und im allgemeinen dort, wo man es nicht vorhergesehen hat, wo man es nicht erwartet. Daher hat eine Fluchtlinie für uns viel mehr Bedeutung als ein Widerspruch.» Die Suche nach Fluchtlinien,

nach neuen und anderen Spielregeln, ist ein zentraler Ausgangspunkt ihrer Analysen. Sie schauen sich die unendlichen Möglichkeiten und Wege der Wunschproduktion an, bevor ein Machtdispositiv die vorhandenen Möglichkeiten nur auf eine reduziert.

Die Kontrollgesellschaft

1990 hat Deleuze den Artikel «Postskriptum über die Kontrollgesellschaften» veröffentlicht, in dem er schreibt, dass der Spätkapitalismus allmählich von der Disziplinierung zur Kontrolle überwechselt. Nicht mehr geschlossene Einschließungsmilieus wie Gefängnis, Fabrik, Schule oder Krankenhaus produzieren und formieren die Subjekte. Diese Milieus sind in einer mehrfachen Bewegung reformiert und geöffnet worden. Sie haben sich durch den Druck sozialer Auseinandersetzungen und Kämpfe verändert. Sie sind modernisiert und angepasst worden. Sie sind Ausdruck verfeinerter Kontrollen und Produkt der Raffinessen der Macht. «In den Disziplinargesellschaften hörte man nie auf anzufangen (von der Schule in die Kaserne, von der Kaserne in die Fabrik), während man in den Kontrollgesellschaften nie mit irgend etwas fertig wird: Unternehmen, Weiterbildung, Dienstleistung sind metastabile und koexistierende Zustände ein und derselben Modulation, die einem universellen Verzerrer gleicht.» Die grossen molaren Institutionen (Familie, Ehe, Schule, Krankenhaus, Beruf, Freizeit usw.) sind in eine krisenhafte Bewegung gekommen, wobei sich wiederum die Frage stellt, ob die momentanen Abweichungen von den Normen dazu beitragen, das Normale zu erhalten und zu stabilisieren oder ob sich in ihnen etwas anderes zeigt, ein anders gelebtes Leben. Sie markieren jenen ambivalenten kapitalistischen Grenzverlauf, der ein Kräfteverhältnis beinhaltet – und eine Aufforderung: Deleuze stellt dazu fest: «In der Krise des Krankenhauses als geschlossenem Milieu konnten zum Beispiel Sektorisierung, Tageskliniken oder häusliche Krankenpflege zunächst neue Freiheiten markieren, wurden dann aber Bestandteil neuer Kontrollmechanismen». Und fährt fort: «Weder zur Furcht noch zur Hoffnung besteht Grund, sondern nur dazu, neue Waffen zu suchen.»

Die Fluchtlinien besetzen

Deleuze und Guattari haben 1973 im Buch «Antipsychiatrie und Wunschökonomie» geschrieben: «Es gibt hin und wieder überraschende Beispiele in der Politik. Ich nehme als Beispiel aus jüngster Zeit das, was in Amerika geschieht: da ist der Vietnamkrieg; er ist gigantisch, der Einsatz einer gigantischen paranoischen Maschine, der berühmte militärisch-industrielle Komplex. Alle sagen «bravo». Niemand entrüstet sich darüber ausser einer kleinen Zahl von Individuen. Und nun kommt da eine kleine Geschichte, ein Fall von Spionage, Diebstahl, Polizei und Psychiatrie. Es gibt Fluchtlinien. Und all die braven Leute, die den Vietnamkrieg voll akzeptieren, fangen an zu sagen: der Präsident der USA hält sich nicht mehr an die Spielregeln. Eine kleine Flucht hat sich auf das grosse paranoische System aufgepfropft. Das, was uns interessiert, sind die Fluchtlinien in den Systemen, die Bedingungen, unter denen diese Linien revolutionäre Kräfte formen und anregen.»

Wenn man diese Sätze liest, könnte man meinen, dass sich die Geschichte in gleicher Art und Weise wiederholt. Doch schon Marx wusste zu berichten, dass sich geschichtliche Tatsachen zuerst einmal als Tragödie und dann als Farce wiederholen. Tragisch ist es, zu sehen, wie unmenschlich die Gefangenen im Irak und auf Guantanamo behandelt werden. Als Farce entpuppt sich die ganze Bush-Administration, die diese Entmenschlichung zu rechtfertigen sucht.

Gestern war es der Vietnamkrieg – heute ist es der Irakkrieg. Die AmerikanerInnen sind erneut in einen blutigen Krieg verstrickt. Und wiederum steht ihr Image auf dem Spiel. Nach den Wahlen hat Michael Moore richtigerweise festgestellt, dass trotz des Sieges die Mehrheit der Amerikaner der Ansicht ist, dass das Land in die falsche Richtung (56 Prozent) steuert, dass es den Krieg nicht wert war, ihn zu kämpfen (51 Prozent) und dass 88 Prozent von Bushs Unterstützung von den weissen Wählern kam.

Eine Gesellschaft (auch die amerikanische) verläuft nicht deterministisch, eindimensional; sie ist vielschichtig, vielfältig, vielseitig. Die paranoide Maschine versucht zwar immer wieder, die Löcher zu stopfen. Sie versucht, Knoten zu knüpfen und Bindungen herzustellen, um zu verhindern, dass die Widerspenstigen zu zahlreich werden. Doch gleichzeitig gibt es – wie Deleuze und Guattari nicht aufhören zu betonen – die Fluchtlinien und Fluchtbewegungen, die eine paranoische Maschine untergraben – immer wieder neu, immer unerwartet. Denn einem gesellschaftlichen Gefüge «entweicht und entgeht immer etwas». So besteht «weder zur Furcht, noch zur Hoffnung Grund, sondern nur dazu, neue Waffen zu suchen.»

Hilar Eggel

«In der Tat meinen wir, dass der Kapitalismus im Zuge seines Produktionsprozesses eine ungeheure schizophrene Ladung erzeugt, auf der wohl seine Repression lastet. Denn der Kapitalismus hört nicht auf, seine Entwicklungstendenz zu durchkreuzen und zu hemmen wie gleichermassen sich in sie zu stürzen und zu beschleunigen; er hört nicht auf, seine Grenze wegzustossen und sich ihr zu nähern.»
(Deleuze/Guattari)



Wohin frau/man geht

Kino Astoria: Der Besondere Film

22. November 2004
Höllentour

29. November 2004
Anlässlich des Welt Aids Tages
einen Aids Film.
Titel leider noch nicht bekannt.

6. Dezember 2004
Maria full of Grace

13. Dezember 2004
Just a Kiss

Jeweils am Montag, 20.30 Uhr im Kino
Astoria in Visp, www.kino-astoria.ch

Natur entdecken im Wallis

Freitag, 26. November, 19.30 Uhr
Singsaal Schulhaus Sand, Visp

Fauna und Tourismus

Vortrag von Urs Zenhäusern und Reinhard
Schnidrig-Petrig

Auskunft: Oberwalliser Umweltsekretariat,
Naters, 027 923 61 62

KELLER THEATER BRIG

Samstag 20. November, 17.00 Uhr
«Schneeluft»

Familientheater zum «Tag des Kindes»

Samstag 27. November, 20.30 Uhr
«Odyssee»

Mit Patrizia Barbuiani und Markus Zohner

Donnerstag, 2. Dezember, 20.30 Uhr
Unplugged «Jazz Serenaders»

Reini Heldner ist ein Garant für Qualität

Samstag, 11. Dezember, 20.30 Uhr
Sonntag, 12. Dezember, 17.00 Uhr
«Kaito»

Japanisches Märchen

Donnerstag, 6. Januar 05, 20.30 Uhr
Unplugged «Granny Smith»

Punk-Rock einmal anders

Infos unter: www.kellertheater.ch

El Kino

Freitag, 3. Dezember, 20.30 Uhr
Lilja 4ever, Russland
im Keller des De La Place in Brig

JedeR ist herzlich willkommen. Nur der einmalige
Kauf einer Mitgliedskarte des Vereins EL Kino von
5.– Franken ist Pflicht.

Gemeinderatswahlen 2004

SP Brig:

ab 17.00 Uhr im Restaurant Weinstube,
1. Stock, Brig

SP Naters:

ab 16.00 Uhr im Restaurant Simplon,
Naters

SP Visp:

wird noch mitgeteilt

SP Leuk-Susten-Leukergrund:

ab 15.00 im Restaurant Krone,
in Leuk-Stad

Freies Theater Oberwallis

...spielt im Alten Werkhof
in Brig

«Futsch»

von Roddy Doyle,
Regie Hermann Anthmatten

Premiere: Silvester, 20.30 Uhr

Weitere Aufführungen: jeweils um 20.30 Uhr:
Donnerstag, 6. Januar; Freitag, 7. Januar;
Samstag, 8. Januar; Dienstag, 11. Januar;
Freitag, 14. Januar; Samstag, 15.1. Januar



Dicke Eier



Diego Bass kandidiert für die Gelben

Es gibt sie immer wieder, die tollkühnen Parteihüpfer! Neues Opfer der parteipolitischen Ununterscheidbarkeit von CVP, CSP, FDP und manchmal auch der SPO ist Diego Clausen vom Architekturbüro «dreipunkt». Ihre Rolle ist undankbar, der Spott von links und rechts ist ihnen sicher. Dabei ist die Sache bei Clausen doch sonnenklar. Als bisheriger Vertreter der CVP in der Gebäudeschätzungskommission von Naters hat er sowohl den politischen als auch den ökonomischen Wind richtig einschätzen gelernt. Die CVP Naters hätte ihn gerne auf ihrer Liste gesehen. Doch Clausen gab ihr einen Korb, um flugs darauf auf der Liste der Gelben zu erscheinen. Die Schwarzen stellen sich jetzt die bange Frage: Was hat Albert Bass seinem Zögling versprochen?

Agglo Brig-Glis und Naters: Distanz zum Volk

Die beiden Gemeinden Brig-Glis und Naters haben immer

noch eine eigene Homepage, die Patzer sind jedoch die selben. Denn auf beiden Gemeinde-Plattformen im Internet schotten sich die GemeinderätInnen ab. Zwar sind schöne Fotos und die Ressortaufteilung vermerkt, aber wer ihnen telefonieren oder ein Mail schicken will, der sucht auf den beiden Homepages vergeblich nach den entsprechenden Telefonnummern und Mailadressen.

CVP Schweiz mit neuer Schnapps Idee

Nachdem der Bischof von Sitten seine Schäfchen aufgefordert hat, zwei Prozent ihres Jahreslohnes oder zwei Tageslöhne für das Bistum zu spenden, redet nun die CVP Schweiz jenen ins Gewissen, welche aus der Kirche ausgetreten sind und keine Kirchensteuern mehr zahlen. Sie sollen die eingesparte Kirchensteuer in einen Fonds für Entwicklungshilfe einzahlen. Kaum aus der Kirche ausgetreten, werden die Bedauernswerten flugs von der ehemaligen Kirchenpartei wieder am moralischen Kragen genommen. Dass sie wieder

strammstehen und auf CVP-Befehl zahlen, ist kaum zu erwarten. Folglich wird auf diese Weise der Entwicklungsfonds leer bleiben. Wenn es der CVP nicht bloss um eine werbewirksame Schnapps Idee gegangen wäre, dann hätte sie den folgenden, viel realistischen Vorschlag gemacht: Hunderttausende von SchweizerInnen zahlen immer noch Kirchensteuern, ohne von den Dienstleistungen der Kirche Gebrauch zu machen. Wieso schlägt die CVP nicht vor, diese zweckentfremdeten Gelder in den Entwicklungsfonds umzuleiten?

Stromkollaps in Italien: RA warnte bereits 2001

Es ist unglaublich, welche Ignoranz sich die Stromwirtschaft und das Bundesamt für Energie (BFE) immer wieder leisten! Im September 2001 veröffentlichte die RA einen Beitrag über den Stromtransit. Darin dokumentierte der Strommarktexperte Heini Glauser, dass die Stromtransitleitungen von der Schweiz nach Italien massiv überlastet sind. Die Leitungen werden

heiss, sie hängen durch. Ist ein Baum in der Nähe, kann es zu Lichtbögen kommen, wie letztes Jahr, als ganz Italien lahmgelegt wurde. Keiner nahm die Warnungen der RA ernst. Zwei teure Experten-Berichte des BFE haben inzwischen auch wissenschaftlich bestätigt, was die RA

schon vor drei Jahren wusste: Die Stromtransitleitungen nach Italien sind überlastet und die vorgeschriebene Maximaltemperatur der Leiter von 40 Grad Celsius wird massiv überschritten.



Zi-Täter

«Wir wollen, dass auch die Walliser Bevölkerung sich darüber äussern kann, ob sie eine total verstaatlichte und seelenlose Spitalversorgung, wie uns von der SP Oberwallis als das Ei des Kolumbus verkauft werden soll, will oder nicht!»

Jean-Marie Schmid und Josef-Anton Kuonen, Initiative «Pflege für alle»

Rote Anneliese: Wir schlagen vor, dass der Lehrer Schmid und der Regionalsekretär Kuonen auch die total verstaatlichte Schule und das seelenlose Regionalbüro in ihre famosen Überlegungen einbeziehen.

«Übrigens, politische Kuckuckseier sind meist von kurzer Dauer, denn allzu oft fällt ein Eyer aus dem Nest.»
CVP Naters – Gemeinsam für Naters

Rote Anneliese: Manchmal schlägt sich auch ein Holzer ins Bein!

«Heute mag ich die Linken schon darum nicht, weil ich die Sozialleistungen als eine Demütigung empfinde.»
Andreas Kreuzer, ehemaliger Jesuitenschüler, Heidegger-Anhänger und Schafbauer aus Oberwald

Rote Anneliese: Dass der hochsubventionierte Schafbauer Kreuzer die Linken nicht mag, hängt nicht mit den Sozialleistungen zusammen, sondern mit seiner Verehrung für den Philosophen und Hitler-Predigers Martin Heidegger.

«Verbündet euch notfalls mit dem Erzengel Gabriel und seinem feurigen Schwert, wenn's nicht anders geht.»
Tony Jossen, ehemaliger Kommandant Ter Rgt 10 zur Schliessung der Zeughäuser

Rote Anneliese: Die RA schlägt vor, dass alle wehrpflichtigen und ausgemusterten Oberwalliser unter der kundigen Führung des Kommandanten Jossen das Zeughaus plündern und so bestens ausgerüstet das Militärdepartement in Bern stürmen.

«Zweitere sind jene, die in einem Amt nichts anderes als Selbstbefriedigung betreiben – und damit die Politikverdrossenheit fördern.»
Lothar Berchtold im WB

Rote Anneliese: Das wird den Papst aber freuen, denn bisher war selbst dem Vatikan nicht bekannt, dass die Onanie auch zur Politikverdrossenheit führt. Erweisen war erst, dass Selbstbefriedigung zum Hautauschlag, zur Verblödung, zu trüben Augen und zum Wahnsinn führt.

**Die Rote Anneliese braucht es auch in Zukunft.
Deshalb werde ich Mitglied des Vereins Rote Anneliese und zahle:**

200 Franken

500 Franken



Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an:
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig

Informationen aus erster Hand. Mit einem Abo der RA.

- Ich bestelle die «RA»
 Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)
 Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax 027 923 69 71

Pharisäer: CVP- Wahlkampf-Demo in Bern

Dümmer als das Volk erlaubt!

BERN/SITTEN – Auf diesen Schabernak fielen die OberwalliserInnen nicht herein: Eine vom Kanton und von der Walliser Handelskammer finanzierte CVP-Wahl-Veranstaltung in Bern, getarnt als A9-Demo. Angezettelt ausgerechnet von jenen, welche uns die eidgenössischen Sparpakete und Entlastungsprogramme eingebrockt haben und welche nun in allerfrechster Manier in den Walliser Staatsrat drängen.

Von Kurt Marti

Rechtzeitig und als einziges Oberwalliser Medienprodukt hat die *Rote Anneliese* die Sparprogramme des Bundes angeprangert: Als die beiden CVP-Nationalräte Felix Walker und Jean-Michel Cina mit einer Motion zwei Sparprogramme von 7 Milliarden Franken forderten, hat die RA die Verantwortlichen beim Namen genannt, derweil der Walliser Bote eine Lobhudelei nach der anderen auf Nationalrat Cina und dessen Wiederwahl sang. Als Folge dieser Walker-Cina-Motion und des Druckes des Wirtschaftsverbandes *economiesuisse* hat nun der Bundesrat

schon sein zweites Entlastungsprogramm in der Höhe von rund zwei Milliarden Franken präsentiert.

Kantons-Gelder für CVP-Wahltour

Es ist der Gipfel der politischen Dummheit, wenn Nationalrat Cina damals gemeint hat, die Randregionen würden von dieser Sparhysterie zugunsten der Superreichen im Land verschont. Es ist genau das eingetroffen, wovor die RA gewarnt hat. Dass dabei auch beim Autobahnbau gespart wird, ist gegenüber dem Sparen im Sozialbereich nichts weiter als gerecht. Die A9-Demo in Bern ist eine un-



Jean-Michel Cina:
Vordenker der Sparprogramme

geheure politische Frechheit in dreifacher Weise: Erstens hat uns die CVP und die *economiesuisse* diese Entlastungsprogramme eingebrockt; zweitens war die A9-Demo eine Wahldemo der CVP-KandidatInnen für die Gemeinde- und Staatsratswahlen; drittens wurde die Demo aus der Walliser Staatskasse subventioniert. Die Oberwalliser Bevölkerung blieben zu Hause und zeigten damit den CVP-PolitikerInnen an: Sie sind dümmer als das Volk erlaubt.

Motorrad-Rey-Bellet auf Wahltour

Wenn Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet mit dem Motorrad durch das Land rattert, dann ist Wahlkampf. In Bern fuhr er mit seiner schweren Maschine vor und jammerte Bundesrat Moritz Leuenberger den Buckel voll über die verhinderte Autobahn im Oberwallis. Hoffentlich hat sich Leuenberger am Züri-See den Buckel voll gelacht über den Stürmi aus dem Wallis, der durch seine sture A9-Politik im Oberwallis voll in die Fussstapfen seines Vorgängers Bernard Bornet getreten ist. Acht Jahre haben Rey-Bellet und seine Autobahn-Köpfe den Bau der A9 im Oberwallis hinausgezögert. Dass er nun im Oberwallis im Hinblick auf die Staatsratswahlen Terrain gutmachen muss, ist klar, aber nicht mit einer staatlich subventionierten CVP-Demo in Bern!



Thomas Gsponer:
Überhaupt kein Grund zum Jammern

Thomas Gsponer: Filial-Leiter der *economiesuisse*

Der dritte im Bunde ist Thomas Gsponer, dessen Handelskammer ebenfalls zu den Sponsoren der CVP-Demo gehörte. Ob er diesen Beitrag einem Staatskässeli abgesehen hat, werden wir sicher in einem der nächsten Berichte des Finanzinspektorates lesen. Auf jeden Fall hat Gsponer wie auch Cina überhaupt keinen Grund die Berner Sparpolitik zu attackieren. Im Gegenteil: Gsponers Handelskammer ist die Filiale des Wirtschaftsverbandes *economiesuisse*, welche zusammen mit den CVP-Eiferern für die Sparpakete verantwortlich ist.

Der VOV heisst ROLF und macht



Jean-Jacques Rey-Bellet:
Autobahnbau selbst verzögert

vielleicht WUFF

Jetzt beginnt es auch dem Walliser Boten zu dämmern. «*Ein ungutes Gefühl*» beschlich den Chefredaktor und er fragte sich vorsichtig: «*Haben wir nicht schon zu viel verschlafen? Die Sparpakete und Entlastungsprogramme sind ja nicht neu.*» Diese Frage kann der WB mit einem lauten und deutlichen JA beantworten. Doch der WB-Chef ging noch weiter und orakelte: «*Den Abfahrtspfiff hörte nicht einmal der VOV.*» Herrgott, wer ist der VOV? Des Rätsels Lösung: Der VOV heisst «*Vereinigung Oberwalliser Verkehr und Tourismus*» und dessen Präsident heisst Rolf Escher, welcher auch Präsident des Oberwalliser Pressevereins ist, dem obersten Zensurgremium des Walliser Boten. Vielleicht geht jetzt der VOV zum WB und macht WUFF!

Der heitere Schluss



Rey-Bellet im Töff-Wahlkampf

**ROTE
ANNELIESE**

AZB 3900 Brig • Nr. 185 / November 2004

Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis